



**Mitgliederzeitung der SP Schweiz**

129 • CH August 2012 AZB 3001 Bern

Reuters

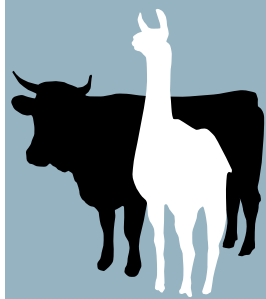


## Ein Tandem für die SP

Ab Ende Oktober leiten Leyla Gül und Flavia Wasserfallen im Jobsharing das Generalsekretariat der SP Schweiz. «links» hat sie in ihrem zukünftigen Büro zum Gespräch getroffen.

Seiten 4 und 5

### DEBATTE



Am Parteitag vom 8. und 9. September in Lugano wird das **Migrationspapier** verabschiedet. Drei Stellungnahmen.

Seiten 6 und 7

### TAGUNG



An einer Tagung von Syndicom und SP diskutierten Medienschaffende über die **Zukunft der Schweizer Medienpolitik**.

Seite 14

### POSITIONEN



Kommt mit der Sanierung des Gotthards **die zweite Röhre**, ist das Referendum so gut wie beschlossen.

Seite 15

JA ZUM NEUEN VERFASSUNGSARTIKEL ZUR MUSIKALISCHEN BILDUNG

# Musik für alle

**Musik ist unverzichtbar. Die musikalische Bildung gehört darum – genau wie der Sport – in die Verfassung.**

Jedes wichtige Ereignis in unserem Leben wird von Musik begleitet. Musik ist ein wichtiger Teil unserer (nationalen) Identität. Musik verbindet Menschen unterschiedlichster Herkunft. Aktives Musizieren fördert die soziale Kompetenz und die Intelligenz. Die Musik verdient auch politisch endlich den Stellenwert, der ihr gebührt. Der neue Artikel der Bundesverfassung ist ein Gewinn für die ganze Gesellschaft.

Er sichert, dass

- Kinder und Jugendliche im obligatorischen Schulunterricht einen Musikunterricht erhalten, der der Qualität des Unterrichts in andern Fächern entspricht,
- alle Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit haben, Musikschulen zu besuchen und
- die musikalisch besonders Talentierten wie im Sport speziell gefördert werden.

Hinter dem neuen Verfassungsartikel stehen der Bundesrat, das Parlament und alle Partei-

en. Diese beeindruckende Einigkeit ist der Erfolg der Initiative «Jugend und Musik», die am 18. Dezember 2008 mit 154 193 beglaubigten Unterschriften eingereicht wurde. Lanciert wurde sie vom Schweizerischen Musikrat und getragen von fast allen Profi- und Laienverbänden im Bereich der Musik mit ihren rund 660 000 Mitgliedern. Aufgrund des Gegenvorschlags wurde die Initiative am 16. März 2012 zurückgezogen.

Diese Einigkeit ist Ausdruck des gesellschaftlichen Stellenwerts der Musik, der nun endlich auch in der Politik anerkannt wird. Singen und Musizieren muss zur Grundausbildung gehören, wie das beim Rechnen, Schreiben und Lesen selbstverständlich ist. Die verfassungsmässig garantierte Chancengleichheit muss auch heissen, dass alle Kinder und Jugendlichen – unabhängig vom Portemonnaie ihrer Eltern – eine Musikschule besuchen können. Und warum sollen in der Musik nicht

auch wie im Sport besonders Begabte gezielt unterstützt werden?

Das Fach Musik darf im Schulunterricht nicht mehr an den Rand gedrängt werden. In allen Kantonen sollen die Musikschulen, wie es in Baselland bereits der Fall, in den kantonalen Gesetzgebungen verankert werden. Nötig ist auch die Aufwertung der Musik in den Ausbildungslehrgängen der pädagogischen Fachhochschulen.

Ein überzeugtes Ja der Stimmenden und der Stände zum neuen Verfassungsartikel beschleunigt auch die Umsetzung in der Gesetzgebung. Gefordert sind dann der Bund, aber auch die Kantone. Nur so kommen wir mit der musikalischen Bildung in der ganzen Schweiz endlich einen wichtigen Schritt voran. Es lohnt sich für uns alle, mit vollem Engagement für den neuen Verfassungsartikel zu kämpfen.



**Susanne Leutenegger Oberholzer**  
ist Nationalrätin BL und war Mitglied des  
Initiativkomitees «Jugend und Musik».

JA ZUR INITIATIVE «SCHUTZ VOR PASSIVRAUCHEN»

# Gesundheit vor Kantönlicheist

**Acht Kantone kennen schon, was die Initiative für die ganze Schweiz fordert: den Schutz der Arbeitnehmenden vor gesundheitlichen Schäden durch Passivrauchen.**

Wohl kaum jemand möchte täglich acht bis neun Stunden in geschlossenen Raucherräumen unter 80m<sup>2</sup> arbeiten. Genau dies lässt aber die aktuelle Gesetzgebung zum Beispiel im Gastgewerbe zu. Das arbeitende Servicepersonal kann ganztägig dem Zigarettenrauch ausgesetzt werden und muss daher in vielen Kantonen nach wie vor die Gefährdung der Gesundheit hinnehmen. Gemäss dem Bundesgesetz darf zwar niemand zum Arbeitseinsatz in Raucherlokalen oder bedienten Fumoirs gezwungen werden – das Servicepersonal muss einwilligen, dass es damit einverstanden ist. Doch das ist eine Farce.

Viele Arbeitnehmende – auch in anderen Branchen – sind ganz einfach auf einen Ar-

beitsplatz angewiesen. Daher müssen sie zu oft auch schlechte und ungesunde Arbeitsbedingungen akzeptieren. Gerade in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten besteht keine echte Wahlmöglichkeit. Welche Serviceangestellte verweigert gegenüber dem Wirt ihr Einverständnis zur Arbeit im Raucherlokal und setzt so ihre Stelle aufs Spiel? Oder wer akzeptiert nicht eine entsprechende Klausel im Arbeitsvertrag, um endlich wieder einen Job zu erhalten?

Es ist unfair, wenn mit der heutigen gesetzlichen Bestimmung unter dem Vorwand der vermeintlichen Freiwilligkeit in manchen Kantonen die Verantwortlichkeit für den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz einfach auf die Schultern der Arbeitnehmenden abgewälzt wird. Der Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ist doch keine föderalistische Frage. Bei der eidgenössischen Volksinitiative «Schutz vor Passivrauchen» geht es um den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz für alle. Es geht um das Personal, welches ganztägig und über Jahre

den Schadstoffen des Tabakrauchs ausgeliefert ist. Zudem macht die Volksinitiative zum «Schutz vor Passivrauchen» Schluss mit dem wettbewerbsverzerrenden Flickenteppich verschiedener kantonalen Vorschriften. Sie fordert eine schweizweit einheitliche und wirksame Regelung zum Schutz der Bevölkerung und des Personals vor dem Passivrauchen. Das ist sinnvoll. Gastronomiebetriebe haben auch nach Annahme der Initiative die Möglichkeit, unbediente Raucherräume einzurichten. Auch am Einzelarbeitsplatz darf weiterhin geraucht werden, solange niemand durch Passivrauchen beeinträchtigt wird. Und das Rauchen im Freien oder in privaten Räumen wird durch die Initiative gar nicht erst eingeschränkt.



**Max Chopard-Acklin**  
ist Nationalrat AG

NEIN ZUR INITIATIVE «SICHERES WOHNEN IM ALTER»

# Nein, nein und nochmals nein

**Zum dritten Mal in diesem Jahr muss die Stimmbevölkerung über Steuerprivilegien für Besitzerinnen und Besitzer von Wohneigentum abstimmen. Diesmal sollen Rentnerinnen und Rentner in den Genuss einer Vorzugsbehandlung kommen.**

Seit 1999 hat sich die Bevölkerung vier Mal gegen weitere Steuerprivilegien zum Erwerb von Wohneigentum für Gutverdienende ausgesprochen. Trotzdem werden wir am 23. September mit der Initiative «Sicheres Wohnen im Alter» wieder über eine Steueroptimierungsvorlage abstimmen. Die Initiative fordert für Rentnerinnen und Rentner eine Wahlmöglichkeit bei der Wohneigentumsbesteuerung: entweder werden sie nach dem bisherigen System besteuert oder sie wechseln zu einem System ohne Eigenmietwert.

## Wahlmöglichkeit für wenige

Diese Wahlmöglichkeit für eine bestimmte Altersgruppe wäre im Steuersystem absolut einmalig. Steuerpflichtige können zwar in einigen Bereichen heute zwischen Pauschalen und effektiven Abzügen wählen, doch gibt es

nirgends eine Wahlmöglichkeit zwischen zwei verschiedenen Modellen. In jungen Jahren profitieren die Betroffenen so weiterhin von einem Abzug bei den Hypozinsen. Wenn der Kredit abbezahlt ist, können sie zu einem System wechseln, mit dem sie wieder Steuern sparen.

**Besteuerung des Eigenmietwerts verkraftbar**  
Ältere Personen haben oft einen grossen Teil ihrer Hypotheken schon abbezahlt. Der Eigenmietwert erhöht ein bescheidenes Einkommen und führt dazu, dass sie höhere Steuern zahlen müssen. Für viele Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer ist der Eigenmietwert heute ein Ärgernis. Der Bundesrat zeigt in seiner Botschaft aber auf, dass bei der Wohneigentumsbesteuerung kein Handlungsbedarf besteht. Zwar gibt es vereinzelte Härtefälle, doch sind im Rentenalter wenige Personen von Armut

betroffen. Das grösste Armutsrisiko liegt bei Alleinerziehenden, kinderreichen Familien, alleinstehenden Frauen und IV-Rentnerinnen und IV-Rentnern. Dagegen verfügt jedes fünfte Rentnerpaar über ein Vermögen von über einer Million Franken.

## Wohneigentum wird schon genug entlastet

Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer zahlen bereits heute weniger Steuern als Mieterinnen und Mieter: Auf Bundesebene werden sie jährlich mit rund 450 Millionen Franken steuerlich entlastet, auf Gemeinde- und Kantonsebene mit Beträgen in Milliardenhöhe. Möglich machen dies die diversen Abzugsmöglichkeiten und insbesondere die Reduktion des Eigenmietwerts auf bis 60 Prozent des eigentlichen Wertes. Mit der Wahlfreiheit würden die Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer im Rentenalter bevorteilt. Sowohl gegenüber den anderen Wohneigentümerinnen und Wohneigentümern als auch gegenüber den Mietenden.

## Nur hohe Einkommen profitieren

Alle Bausparvorlagen basieren auf der falschen Überlegung, dass dank solchen steuerlichen Förderungsmassnahmen alle statt nur wenige in den Genuss eines Eigenheims kommen könnten. Tatsache ist aber, dass immer in erster Linie hohe Einkommen profitieren. Viel sinnvoller sind stattdessen direkte Fördermassnahmen für den sozialen Wohnungsbau.

Die Initiative ist ungerecht, unnötig und führt zu riesigen Steuerausfällen auf Bundesebene, bei Kantonen und Gemeinden. Insgesamt muss mit Ausfällen von einer knappen Milliarde Franken gerechnet werden. Um ein A-la-carte-Steuersystem für Personen mit Wohneigentum zu verhindern, sollten wir auch am 23. September nochmals Nein stimmen.

## KOMMENTAR

*Schon der Titel ist reiner «Seniorenfang». Da müssen wir Rentnerinnen und Rentner speziell achtsam sein. Zwar will auch ich als Rentnerin sicher wohnen. Diese plumpe Initiative ist jedoch reine Augenwischerei. Als Mitbesitzerin eines auch schon in die Jahre gekommenen Reiheneinfamilienhauses wäre ich vom Hauseigentümergebiet zwar auserlesen, von der Initiative zu profitieren. Aber genau darum geht es: Hausbesitzende wären die Gewinnenden, Mieterinnen und Mieter hingegen – und das sind weitaus die meisten von uns – hätten das Nachsehen. Und die immensen Steuerausfälle müssten erst noch von uns allen gemeinsam bezahlt werden. Ganz nach dem bürgerlichen Motto: Wer schon viel hat, dem wird noch mehr gegeben – «geschenkt» von denen, die viel weniger haben. Wenn schon, dann sollten alle Rentnerinnen und Rentner in den Genuss von Steuervergünstigungen kommen. Da*

*kommen mir aber wiederum Zweifel: Wir ringen ernsthaft um Generationensolidarität, da ist eigentlich jede unbegründete Bevorzugung – oder Zusatzbelastung – einer Generation gegenüber einer anderen absolut unsolidarisch. Das schafft Gräben und splittert unsere Gesellschaft noch mehr auf. Die Initiative kommt mir vor wie ein Fischen des Hauseigentümergebietes im zahlenstarken und stimmtreuen älteren Wählerinnen- und Wählersegment. Sicheres Wohnen im Alter stelle ich mir anders vor: Vorab mit existenzsichernden Renten und einem selbstbestimmten Leben in Würde sowie mit generationenübergreifenden Wohnformen, beispielsweise in öffentlich geförderten Genossenschaften. Deshalb engagiert sich SP60+ überzeugt für ein Nein zu dieser dubiosen Initiative des Hauseigentümergebietes.*

Marianne de Mestral, SP 60+



Marina Carobbio Guscetti  
ist Nationalrätin TI

## Wechsel im Generalsekretariat

Die Kampagnenleiterinnen und stellvertretenden Generalsekretärinnen der SP Schweiz, Min Li Marti und Andrea Sprecher, orientieren sich beruflich neu und beenden per Ende Oktober respektive Ende 2012 ihre Arbeit auf dem SP-Sekretariat. Die beiden haben die Leitung der Kampagnenabteilung am 1. Mai 2010 übernommen. Sie möchten rechtzeitig vor den nächsten Wahlen einer Nachfolgerin oder einem Nachfolger die Chance zur Vorbereitung der Kampagne 2015 geben. Die Stelle wird ausgeschrieben (s. Inserat Seite 8).

## Neue Kantonalpartei

Mit einem Gründungsfest wird am 17. August die jüngste SP-Kantonalpartei aus der Taufe gehoben: die SP Kanton Appenzell Innerrhoden. Damit verschwindet auch der letzte weisse Fleck auf der Landkarte – die Sozialdemokratische Partei wird fortan in sämtlichen Kantonen der Schweiz vertreten sein. Zur Wahl als Präsident der neuen Kantonalpartei stellt sich Martin Pfister, der zuvor während vieler Jahre die links-alternative Gruppe für Innerrhoden GFI präsiert hatte.

## STANDPUNKT

Stefan Hostettler  
Generalsekretär a. i.



## Vorbild China

Das Klagen der WirtschaftsführerInnen über die Regulierungswut und Inkompetenz der Politik gehört bekanntlich zum Standardrepertoire. Gerne wird dabei Singapur als leuchtendes Beispiel genannt: Verschiedenen Vertreterinnen und Vertretern – insbesondere des Finanzplatzes – scheint der Gedanke zu behagen, wir könnten unser demokratisches System auf ein Minimum reduzieren und stattdessen das Leben und die Gesellschaft der totalen Gewerbe-freiheit der Banken unterordnen.

Kürzlich konnten die LeserInnen des «Tages-Anzeigers» erfahren, dass sich die Schweiz und Europa aus Sicht von Vater und Tochter Blocher nun China zum Vorbild nehmen sollten. Insbesondere erfolge das Land die beste aller Wirtschaftspolitiken und verfüge über die kompetenteste Exekutive. Im Gegensatz zu den Europäern denke und handle die chinesische Regierung «fundiert, professionell und sehr langfristig ausgerichtet», schwärmte Ems-Chefin Magdalena Martullo-Blocher. Nach allfälligem Skrupel wegen fehlender Demokratie und Menschenrechte gefragt, doppelte Martullo nach: «Aber was nützt Europa die Demokratie: Da werden den Leuten Leistungen versprochen, die nicht bezahlbar sind. Das Volk wird hinters Licht geführt. Der Chinese ist in wirtschaftlicher Hinsicht heute besser bedient, die Regierung orientiert sich nämlich an seinem langfristigen Wohlergehen.»

Während Vater Blocher vor ein paar Jahren die Schweiz als Alternative zur EU noch in die amerikanische Freihandelszone Nafta führen wollte, schwebt nun der Tochter offenbar eine Art Schulterchluss mit dem wirtschaftsfreundlichen China vor. Ob sie diesbezüglich auf ein spätes politisches Comeback des Altbundesrates setzt oder die Sache gleich selbst in die Hand nehmen wird, ist unklar: Ganz im Stile von Christoph Blocher würde Martullo nie und nimmer aus Eigeninteresse in die Politik gehen, sondern nur, wenn das Volk rufen würde und wenn sie «etwas zum Vorteil der Schweiz bewegen» könnte. Das strotzt vor falscher Aufopferungsbereitschaft und vor Überheblichkeit. Und in der Zwischenzeit wählt Tochter Blocher «je länger, je exklusiver» SVP. Es darf doch stark bezweifelt werden, dass die Schweiz so die kompetenteste Regierung und das fachkundigste Parlament erhält.

## «Unsere Zusammenarbeit

**Ab Herbst leiten sie im Jobsharing das Generalsekretariat der SP Schweiz: Leyla Gül und Flavia Wasserfallen. «links» hat sie zum Gespräch getroffen.**

Wie seid ihr euch eigentlich zum ersten Mal begegnet?

Leyla: Ich glaube hier, auf dem Generalsekretariat. Beim Abschied von Claudio Marti, dem damaligen Juso-Zentralsekretär.

Flavia: Genau, beim Apéro. Vor zehn Jahren. Das wäre mir nicht in den Sinn gekommen ...

**Flavia, du hast gegenüber einer Zeitung gesagt, du könntest dir den Job mit niemand anderem vorstellen als Leyla. Warum?**

Flavia: Wir arbeiten jetzt seit fast drei Jahren bei der SP Stadt Bern eng zusammen und haben eine gute Basis. Wir sind unterschiedliche Typen und haben für das Generalsekretariat eine Arbeitsteilung vorgesehen, die unseren jeweiligen Fähigkeiten und Kompetenzen entspricht.

**Siehst du das auch so, Leyla?**

Leyla: Die Stelle hat mich sofort sehr interessiert. Aufgrund meiner familiären Situation kam für mich aber nur ein Jobsharing infrage. Bei unserer Bewerbung jedoch stand dann vielmehr im Vordergrund, dass wir uns gut kennen und uns mit unseren jeweiligen Fähigkeiten sehr gut ergänzen. Unsere Zusammenarbeit ist gefestigt und funktioniert, das war eine sehr wichtige Voraussetzung für unsere Bewerbung.

**Den Medien war zu entnehmen, dass ihr den Job klar aufteilt: Flavia wird Aussenministerin, Leyla Innenministerin. Kein Zufall, oder ...?**

Flavia: Wir sind gleichberechtigte Co-Generalsekretärinnen mit klarer Aufgabenteilung. Ein Bereich umfasst die Entwicklung der Partei und die Leitung des Sekretariats, der andere die Kommunikation gegen aussen und die Verbindung zu Fraktion und Präsidium.

Leyla: Die Begriffe Aussen- und Innenministerin sind nicht glücklich. Es gibt Dinge, die zuerst gegen aussen kommuniziert werden, dann aber nach innen wirken oder umgekehrt. Die Aufteilung ist aber tatsächlich kein Zufall. Flavia ist als Co-Präsidentin der SP Stadt Bern vor allem für strategische Fragen und die Kommunikation verantwortlich, ich bringe als langjährige Parteisekretärin die Kampagnenerfahrung sowie die Kenntnisse des Parteiapparats und des Managements eines Parteisekretariats mit.

**Ihr seid beide seit jungen Jahren aktive Mitglieder – wie seid ihr in die SP gekommen?**

Flavia: Ich bin in einer SP-Familie aufgewachsen. Vor zehn Jahren habe ich die Juso Wohlen mitgegründet. Von der Juso bin ich in die SP gerutscht und in den Grossen Rat. Das ging alles ziemlich schnell.

Leyla: Mich hat der Protest gegen die AKW politisiert – ich komme aus dem Kanton Aargau. Während des Studiums in Bern engagierte ich mich in der Uni-Politik.

**... und wieso seid ihr immer noch in der SP?**

Flavia: Ihr meint, warum wir nicht zu den Grünliberalen gegangen sind? (Lacht.)

**... zum Beispiel. Oder zu den Grünen ...**

Flavia: Die Frage hat sich gar nie gestellt. Die SP ist eine breite Partei und es ist möglich, auch mal eine andere Haltung einzunehmen. Die SP stand für mich immer auf der richtigen Seite – nämlich auf der Seite derer, die wenig oder nichts haben. Und nicht derer, die ohnehin privilegiert sind.

Leyla: Für mich hat sich die Frage auch nie gestellt. Ich könnte nie in einer kleinen Partei politisieren, in der man sich nach zehn Minuten findet. Ich fühle mich nur wohl, wenn verschiedene Meinungen vertreten sind. In der SP ist das sehr anregend. Und wenn ich mal unterliege, gibt es meist eine ziemlich grosse Minderheit. (Lacht.)

**A propos Meinungsspektrum: Es muss eine ziemliche Herausforderung sein, die beiden Flügel der SP gleichzeitig vertreten zu können ...**

Leyla: Wichtig ist, dass man die Meinungsfindung gut und sorgfältig plant. Dass man bei wichtigen Sachen wie momentan beim Migrationspapier die Basis ganz stark integriert und Diskussionen lange führt. Es dauert meistens ein bis zwei Jahre, bis die Meinungen konsolidiert sind und man Mehrheiten suchen kann. Die SP ist auch eine tragende Kraft, weil sie bereits intern gescheite Kompromisse findet.

Flavia: Ich habe kein Problem damit, Entscheide mitzutragen, wenn sie einmal getroffen sind. Auch wenn sie nicht hundertprozentig meiner persönlichen Meinung entsprechen.

**Sollte sich eine Generalsekretärin innerhalb der Partei besser nicht positionieren?**

Flavia: Ich sehe mich keinem Flügel zugehörig – und das ist jetzt keine strategische Positionierung. Aber es ist schon so: Um meine Aufgabe gut, glaubwürdig und mit einer integrierenden Wirkung machen zu können, muss ich von allen Seiten akzeptiert werden.

Leyla: Ich bin seit acht Jahren Parteisekretärin. Meine Meinung ist mir in Diskussionen wichtig und dort bringe ich sie ein. Aber wenn ein Entscheid gefällt wird, der mir nicht entspricht, kann ich damit leben. Das ist Demokratie, deswegen hänge ich nicht den Job an den Nagel.

# ist gefestigt und funktioniert»



Die neuen Generalsekretärinnen der SP Schweiz: Flavia Wasserfallen und Leyla Gül.

Seht ihr euch eher in einer verwaltenden oder auch in einer gestaltenden Funktion?

Beide: Beides.

Flavia: Ich möchte aber zuerst das Sekretariat kennenlernen und wissen, wie das Präsidium funktioniert, bevor ich diese Frage abschliessend beantworte. Wir haben sicher eine Verbindungsfunktion zwischen dem Know-how im Sekretariat und den Bedürfnissen in Präsidium und Fraktion.

Leyla: Es ist nicht so, dass man entweder verwalten oder gestalten kann. Eine gute Vorbereitung heisst auch, Vorschläge zu machen. Gerade wenn man mit Ehrenamtlichen zusammenarbeitet, kann man nicht einfach sagen: Was möchtet ihr denn gerne? Da kommt dann oft zu viel oder zu wenig. Man muss konkrete Vorschläge machen, und wenn diese Anklang finden, kann man sie zusammen weiterverfolgen.

Ihr gebt beide eine politische Karriere auf:

Flavia, du bist Grossrätin und hast Chancen, in den Nationalrat nachzurutschen. Du, Leyla, bist Stadträtin mit einem guten Ersatzplatz für den

## FLAVIA WASSERFALLEN (33)

**Was ich mag:** In die Maggia springen, Dynamik, Selbstironie, gute Argumente, Sand an den Füssen. Auf dem Velo die Kornhausbrücke hinunterfahren. Einen Jass klopfen.

**Was ich nicht mag:** Bremsen an der Sense, Stillstand, mit dem Kinderwagen EuroCity fahren, Intransparenz, Apathie und Desinteresse. Heliskiing.

Grossrat. Ist der Posten das wert? Oder: Habt ihr mit diesem Entscheid gekämpft?

Leyla: Ja. Ich mag meinen jetzigen Job sehr – ich bin sehr vertraut mit den Leuten, mit der Arbeit – und ich mag den Stadtrat sehr. Da ist die Zeit eigentlich noch nicht gekommen. Am Ende war der Entscheid dann aber doch nicht so schwer, weil die Freude und die Neugier auf den neuen Job ganz klar überwiegen.

Flavia: Ich musste es mir auch gut überlegen. Für mich ist aber nach zehn Jahren im Grossrat die Zeit reif für etwas Neues. Auch den allfälligen Verzicht auf ein Nationalratsmandat musste ich mir gut überlegen. Jetzt, da der Entscheid gefällt ist und wir den Job erhalten haben, freue ich mich sehr darauf. Es war ein Wunsch von mir, mich hauptberuflich mit Politik zu beschäftigen. Mit diesem spannenden Job geht er in Erfüllung.

Helfen euch eure Erfahrungen als Politikerinnen für die zukünftige Tätigkeit?

Flavia: Ja. Grossrat ist nicht Nationalrat oder Ständerat. Aber ich habe eine Ahnung davon,

## LEYLA GÜL (38)

**Was ich mag:** Wälder. Mut und Entschlossenheit. Den Geruch meiner Kinder und meines Mannes. Den Schmuck von Natalie Luder. Geschichte und Geschichten.

**Was ich nicht mag:** Persönliche Erfahrungen zum Allgemeingut zu erklären. Warten. Zu kurze Sitzungen. Leute, die auf den Boden spucken. Opportunismus. Kalte Füsse beim Einschlafen.

Andrea Bauer

was ein Fraktionsmitglied braucht und unter welchem Zeitdruck es steht. Diesbezüglich sehen wir uns als Dienstleisterinnen.

Leyla: Wir müssen einen brauchbaren Service anbieten. Es hilft mir, dass ich lange im Vorstand einer Sektion war und als Regionalsekretärin eng mit den Sektionen zusammengearbeitet habe. Dort habe ich gemerkt, wie viel von den Mitgliedern verlangt wird – neben Familie, Beruf und allem, was dazugehört: Man soll morgens um halb sieben Flyer verteilen, am Samstag eine Standaktion organisieren, daneben Unterschriften sammeln, Kandidierende suchen und Anträge zum Migrationspapier stellen. Und das alles innert nützlicher Frist. Dem professionellen Parteiapparat steht eine Basis gegenüber, die Milizarbeit leistet. Diese Diskrepanz zu erfahren, das war sehr hilfreich.

Was steht als Erstes an, wenn ihr Ende Oktober beginnt?

Leyla: Ich möchte zuerst das Team und die einzelnen Dossiers der Sekretariats-Mitarbeitenden kennenlernen. Und die Räumlichkeiten im Sekretariat, ich war zum Beispiel noch gar nie im oberen Stock. (Lacht.)

Flavia: Ich werde mich zudem in die nationalen Themen einarbeiten. Bis jetzt standen für mich städtische und kantonale Themen im Vordergrund.

Wo seht ihr längerfristig die grossen Herausforderungen eurer neuen Stelle?

Leyla: Die SP zukunftsfähig zu machen. Die Gesellschaft muss eine Antwort darauf finden, was die Parteien in Zukunft leisten sollen, und dafür eine Finanzierung finden. Was ich mir zudem wünsche: dass sich die Partei gegen aussen öffnet. Dieses Projekt würde ich gerne lancieren.

Flavia: Wir müssen dort, wo wir stark sind, die Themenführerschaft behalten, etwa bei der Energie- oder der Wirtschaftspolitik. Und die Fragen, die sich die Bevölkerung stellt, beantworten können. Ich merke ausserdem immer wieder, dass das Thema Europa in unglaublich viele Bereiche hineinspielt. Vielleicht sollten wir intern eine breite europapolitische Debatte führen. Nicht nur auf eine Mitgliedschaft fokussiert, sondern ganz allgemein zur Rolle der Schweiz in Europa, jetzt und in Zukunft.

Vervollständigt zum Schluss bitte den Satz: Ich möchte die SP-Generalsekretärin sein, die ...

Leyla: ...mithilft, dass die SP zukunftsfähig bleibt.

Flavia: ...beweist, dass das Sekretariat der SP erfolgreich im Jobsharing geführt werden kann.

# Drei Personen und drei Meinungen

**Am Parteitag in Lugano diskutieren die Delegierten der SP Schweiz das Migrationspapier. Zahlreiche Genossinnen und Genossen haben sich im Vorfeld mit dem Entwurf auseinandergesetzt und Hunderte von Anträgen formuliert. «links» lässt drei von ihnen zu Wort kommen.**

«Wir wollen eine Zuwanderung, die dem Land dient», sagte Christian Levrat am 19. Mai 2011 – knapp ein Jahr vor der Lancierung des SP-Migrationspapiers.

Es ist nicht überraschend, dass nun auch die SP das emotional und populistisch behaftete Thema «Migration/Integration» anpackt und thematisiert. Auch bei den Genossinnen und Genossen treten Ängste auf und Themen wie Asylwesen, Jugendgewalt, Kriminalität, Überforderung der Bildungsinstitutionen werden als «AusländerInnenprobleme» wahrgenommen.



**GÜLIZAR CESTAN** GL-Mitglied SP Stadt Zürich, AG Migrationspapier der SP Frauen.

Überraschend ist jedoch, dass die SP Problemfelder wie überfüllte Züge, überteuerte Wohnungen, falsche Steuerpolitik (zu hoch oder zu tief) oder Zersiedelung aufgreift und als Ursache für diese die Zuwanderung sieht. Dass aber etwa die Investitionen in den öffentlichen Verkehr oder in den genossenschaftlichen Wohnungsbau verzögert und verhindert werden, wird übersehen. Es werden Themen vermischt, die miteinander nichts zu tun haben; die essenziellen Fragen und Lösungen gehen dabei wie so oft verloren. Die wachsende Skepsis gegenüber Ausländerinnen und Ausländern und die Sündenbock-Mentalität sind beängstigend.

Sollte das SP-Migrationspapier weiterhin in dieser inhaltlichen Vielfalt daherkommen, müssen unter dem geschlechter- und frauenspezifischen Aspekt noch verschiedene Themen als Ergänzung aufgenommen werden:

soziale Sicherung und Altersvorsorge, Gewalt in Partnerschaften, Zwangsheirat, Genitalverstümmelung, Abtreibung, Menschenhandel, Prostitution und Freier, Migration und Geschlecht, Wirtschaftssektor Privathaushalte und so weiter – aber nicht im Zusammenhang mit Migrantinnen und Migranten, sondern weil sie gesamtgesellschaftliche Bedeutung haben.

Schon im ersten Entwurf des SP-Migrationspapiers wurde der geschlechter- und frauenspezifische Bezug hart auf die Probe gestellt: «Jede moderne Gesellschaft hat die Wahl: Frauen an den Herd kombiniert mit massenhafter Einwanderung von Arbeitskräften – oder konsequente Gleichstellung der Frauen am Arbeitsmarkt kombiniert mit einer massvollen Einwanderung.»

Auch für die SP war klar, wer an den Herd gehört: die Frau.

In der Zeit vom 03.04.12 (Lancierung des SP-Migrationspapiers) bis zum 29.06.12 (zweite Fassung) fand ein enormer Quantensprung in Bezug auf Gleichstellungspolitik statt: «Jede moderne Gesellschaft hat die Wahl: ein Familienmitglied an den Herd kombiniert mit massenhafter Einwanderung von Arbeitskräften – oder konsequente Gleichstellung der Geschlechter am Arbeitsmarkt kombiniert mit einer massvollen Einwanderung.»

Von der Frau zu einem Familienmitglied, von der Gleichstellung der Frauen zur Gleichstellung der Geschlechter.

**Es werden Themen vermischt, die miteinander nichts zu tun haben.**

Einen solchen Quantensprung fordere ich auch als Migrantin, Angehörige der ausländischen Bevölkerung, Eingewanderte, Ausländerin, Immigrantin: vom Einwanderungsüberschuss zur positiven Chance, vom Risiko zur wertvollen Ressource, von Toleranz zu Respekt. Von Lausanne zu Lugano: Die Überwindung der Zuwanderung wirft höhere Wellen als die Überwindung des Kapitalismus.

Der Entwurf des Migrationspapiers der SP ist umfassend. So umfassend, dass man am Schluss nicht mehr weiss, was drinsteht. Es steht eigentlich alles drin. Das Papier ist umfassend bis zur Widersprüchlichkeit. Und es zäumt das Pferd am Schwanz auf. Erst im fünften und letzten Teil geht es auf einmal um eine «solidarische Migrationspolitik im globalen Kontext». Ist das nicht das, was sozialdemokratische Migrationspolitik ausmachen müsste? Nach vierzig Seiten Innenblick wirkt dieser letzte Teil wie ein Annex zur Gewissensberuhigung.

Also an den Anfang damit. An den Anfang die Feststellung, dass die wichtigste Ursache für erzwungene Migration der Klimawandel bildet und diese Erweiterung der Fluchtgründe zu berücksichtigen ist. An den Anfang, dass es mittel- und langfristig darum gehen muss, das Zweikreisemodell zu überwinden und «für das ganze Spektrum der Arbeitssuchenden eine



**GUY KRNETA** Schriftsteller. Er lebt in Basel.

reguläre Einreisemöglichkeit» zu schaffen. In der Tat leben in der Schweiz schätzungsweise 200 000 Menschen, die rechtlicher Willkür ausgeliefert sind. Sie verrichten Hausarbeit, betreuen Kinder, pflegen ältere Menschen, arbeiten im Gastgewerbe. Es gebe «eine unbefriedigte Nachfrage auf dem Schweizer Arbeitsmarkt, die «regulär nicht abgedeckt» werden könne, heisst es im Entwurfspapier. An den Anfang damit. Und dass sich die SP also für die Regularisierung von Sans-Papiers einsetzt. Denn nur so kann der Kampf gegen Schwarzarbeit wirksam und glaubwürdig geführt werden.

Aber hoppla: «Ein Asylverfahren ohne vollziehbare Wegweisungen macht keinen Sinn.» Wer hat denn das formuliert? Wenn Wegweisungen in vielen Fällen nicht möglich und in der Mehrzahl unsinnig sind, «versagt» doch nicht das Asylverfahren. Es ist an der SP klar und unmissverständlich festzuhalten, dass die bürgerliche Abschreckungs- und Ausschaf-

# n zum Migrationspapier

fungspolitik der letzten Jahrzehnte versagt hat. Durch Repression und Willkür lässt sich die Unattraktivität der Schweiz nicht steigern. Abschreckungspolitik fördert Kriminalisierung, Prostitution, Menschenhandel und Schwarzarbeit. Sie produziert einen Grossteil jener Probleme, die sie zu lösen vorgibt.

## Das Papier zäumt das Pferd am Schwanz auf.

Hier kann mit den bisherigen Teilen 1 und 2 nahtlos angeschlossen werden. Zuwanderung ist in erster Linie eine Folge von Standort- und Steuerpolitik. Zu unterstützen ist auch die Feststellung, dass die Schweiz auf Zuwanderung angewiesen ist und sich die Folgen daraus regional unterschiedlich auswirken. Gefragt sind geeignete Massnahmen in der Bildungspolitik sowie am Arbeits- und Wohnungsmarkt. Der Passus zum Asylwesen ist folgendermassen zu ergänzen: «Die SP setzt sich für eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen ein und lehnt Bundeszentren ab. Flüchtlingsbetreuung gehört in die Hände von Hilfswerken und Initiativen der Zivilbevölkerung und nicht in jene von gewinnorientierten und sich im Schatten der Abschreckungspolitik willkürlich bereichernden Betreuungsfirmen.»

Teil 3 kann ersatzlos gestrichen werden. Hier findet eine Pro-forma-Abwägung verschiedener Szenarien statt, die im Gegensatz zum favorisierten Modell Pappkameraden sind. Insbesondere das Modell «Laisser-faire» ist an Unglaubwürdigkeit nicht zu übertreffen. Hier wird behauptet, dass die «neoliberale Einwanderungspolitik» mit einer «idealisierenden Haltung gegenüber AusländerInnen einher» gehe. Wo gibts denn das? Tatsache ist, dass sich der Neoliberalismus politisch mit dem Nationalismus verbindet. Dagegen gilt es anzutreten, statt auf blutleere Säcke einzudreschen.

Teil 4 ist redundant und radikal einzustreichen. Zwei wichtige Forderungen fehlen. Die SP soll sich für die «Interkulturelle Durchdringung der Institutionen» einsetzen. Nur wo eine möglichst grosse Chancengleichheit besteht, kann Integration gelingen. Die von Andy Tschümperlin in seinem Brief vom 16. April 2012 an erster Stelle genannte Integrationsmassnahme, das «Gemeindestimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer», ist ins Migrationspapier aufzunehmen.



Als Sicherheits- und Justizdirektor des Kantons Freiburg bin ich auch für das Migrationsamt zuständig.

In meiner vorgängigen, über 20-jährigen Anwaltstätigkeit habe ich oft Interessen von Migrantinnen und Migranten vertreten und war mit unzähligen Einzelschicksalen konfrontiert. Ich masse es mir aber keinesfalls an, einen klaren Überblick im Dschungel der Reglemente und Direktiven betreffend fremdenpolizeiliche Bewilligungen zu haben.

Schwierige Dossiers gehen über meinen Tisch, durch meinen Kopf und durch mein Zwerchfell: Der Versuch einer Legalisierung von Sans-Papiers, oft unter Druck verschiedener Stellen (über alle Parteigrenzen hinweg), Einreise- und Visabewilligungen, Familienzusammenführungen. Die meiste Mühe und Gewissenskonflikte bereiten mir die Ausweisungen respektive zwangsweisen Rückführungen. Ich halte mich als überzeugter Rechtsstaater



**ERWIN JUTZET** SP-Staatsrat, Sicherheits- und Justizdirektor des Kantons Freiburg.

an das Gesetz. Allerdings gibt es immer wieder Grauzonen. Und dort geniere ich mich nicht, auf meinen Fundus des sogenannten Gutmenschen zu hören (ich verstehe nicht, weshalb «Gutmensch» für viele ein Schimpfwort ist).

Der Entwurf der SP Schweiz für eine umfassende und kohärente Migrationspolitik ist ein gutes Grundlagenpapier für eine breite Diskussion unter uns. Ich begrüsse es sehr, dass diese zu lange tabuisierte Problematik von der SP Schweiz breit angegangen wird. Dabei sollten wir dazu stehen, dass auf der linken Seite kontrovers diskutiert wird und verschiedene Meinungen Platz haben. Grenzen bilden das humanitäre Völkerrecht, unsere Bundesverfassung und der nicht verhandelbare Respekt vor der Würde jedes Menschen.

Das Migrationspapier hat den Verdienst, wirklich umfassend und kohärent zu sein. Es zeigt eindrücklich auf, welche Bereicherung – im wirtschaftlichen wie im übertragenen Sin-

ne – die Migration der Schweiz bringt. Auch die von der SP erfolgreich und konsequent verfolgte Forderung nach flankierenden Massnahmen als Pendant zur Personenfreizügigkeit ist unabdingbar. Einverstanden bin ich auch mit dem mittelfristigen Bestreben der Überwindung des Zweikreismodells. Emotional und deshalb medienträchtig ist die Problematik des Asylverfahrens. Unser Asylgesetz atmet noch die Zeit von Bundesrat Furgler respektive basiert auf dem Trauma des katastrophalen Versagens der Schweizer Asylpolitik während des Zweiten Weltkriegs. Davon ist abzuweichen. Es sind ganz neue Denkansätze in der Asylpolitik gefragt. Wir dürfen die Augen nicht verschliessen vor der Tatsache, dass die meisten Asylbewerbenden heute aus wirtschaftlichen Gründen Zuflucht in Europa suchen. Das ist verständlich, wenn wir uns das riesige Elend und die Perspektivlosigkeit in verschiedenen Ländern, namentlich Afrikas, vor Augen führen. Asyl ist aber den an Leib und Leben Bedrohten vorzubehalten. Dem gilt es im Asylverfahren Rechnung zu tragen. Es ist ein Missbrauch des Asyls, welcher sich in seinem Ergebnis gegen die wirklich Verfolgten auswirken wird, wenn Wirtschaftsflüchtlinge jahrelang unser Asylverfahren benützen, um sich hier aufzuhalten. Zudem können nach dem Durchlaufen aller Instanzen viele Abgewiesene nicht zurückgeschafft werden. Ohne Arbeitsbewilligung und mit einer bei weitem nicht existenzsichernden Sozialhilfe driften diese Leute oftmals in die Kleinkriminalität ab. Gefordert ist unsere Aussenpolitik. Es gilt, mit den Herkunftsländern kontrollierbare Abkommen zu schliessen, welche es der Schweiz erlauben, einerseits diese Länder als Safety Countries zu erklären und andererseits vor Ort massive Hilfe zu leisten (namentlich in der Ausbildung der jungen Leute und den

## Asyl ist den an Leib und Leben Bedrohten vorzubehalten.

Frauenprojekten). Eine jahrelange Einzelfallprüfung würde damit ausgeschlossen. Selbstverständlich muss ein solches Vorgehen mit der EU koordiniert werden. Insgesamt rede ich hier einer konsequenten, klaren, nicht Illusionen erweckenden Realpolitik das Wort, gegenüber einer blauäugigen Politik des «Seid (vorerst einmal) alle herzlich willkommen bei uns.»

## FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE

Die SP Schweiz sucht per 1. November 2012 oder nach Vereinbarung für das Zentralsekretariat in Bern:

### EINE LEITERIN ODER EINEN LEITER DER KAMPAGNENABTEILUNG (80–100%)

#### Ihr Verantwortungsbereich

Als KampagnenleiterIn der SP Schweiz besteht Ihre Aufgabe in der Konzeption, der Organisation und der Durchführung von Abstimmungskampagnen und anderen inhaltlichen Kampagnen. Gleichzeitig werden Sie auch für die Vorbereitung und operative Umsetzung des Wahlkampfes 2015 der SP Schweiz mitverantwortlich sein. Zudem sind Sie in Zusammenarbeit mit unserem Medienverantwortlichen zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit und die Kommunikation mit den Parteimitgliedern (Koordination der internen und externen Kommunikationsmittel). Als AbteilungsleiterIn führen Sie ein Team von sechs MitarbeiterInnen.

#### Ihr Profil

Sie bringen grosse Erfahrung mit politischen Kampagnen und im Umgang mit Medien und Medienschaffenden mit. Sie kennen die politischen Mechanismen und Abläufe auf nationaler Ebene. Erfahrung in Personalführung und Management sind von Vorteil. Sie haben sehr gute Kenntnisse der deutschen und französischen Sprache, arbeiten gerne selbständig, haben aber auch die Fähigkeit zum Arbeiten im Team und sind eine belastbare und flexible Persönlichkeit, die gerne Verantwortung trägt. Sie sind mit den Zielen und Werten der Sozialdemokratie vertraut und fühlen sich diesen Idealen verpflichtet.

#### Unser Angebot

Wir bieten eine vielseitige und interessante Tätigkeit in kleinem Team, ein angenehmes Arbeitsklima und fortschrittliche Arbeitsbedingungen (GAV). Wenn Sie interessiert sind, in einem politischen Umfeld zu arbeiten, und Sie auch in hektischen Zeiten den Überblick bewahren, dann senden Sie Ihre vollständigen

Bewerbungsunterlagen mit Foto bis am 31. August 2012 an: [bewerbung@spschweiz.ch](mailto:bewerbung@spschweiz.ch) oder an SP Schweiz, Stefan Hostettler, Generalsekretär a.i., Postfach, 3001 Bern. Weitere Auskünfte erteilt gerne Stefan Hostettler unter Tel. 031 329 69 63.



Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern sucht per 1. November 2012 oder nach Vereinbarung eine/einen

### CAMPAIGNERIN/CAMPAIGNER

(60 bis 70%)

#### Ihre Aufgaben

- Führung von Abstimmungs- und Wahlkampagnen
- Verantwortung für die Publikationen

#### Unsere Anforderungen

Abgeschlossenes Studium in Politik-/Kommunikationswissenschaften oder ähnliche Ausbildung, Erfahrung in Campaigning, Erfahrung in Medienarbeit, Kenntnisse Projektmanagement, gute schriftliche und mündliche Ausdrucksweise in Deutsch und Französisch, profunde PC-Kenntnisse, selbständiges Arbeiten, Organisationsgeschick und Belastbarkeit, hohe Selbstmotivation, Teamfähigkeit und Kompetenz im Umgang mit Ehrenamtlichen/Freiwilligen, Bereitschaft zu flexiblen Arbeitseinsätzen, Identifikation mit den Grundwerten der SP, SP-Mitgliedschaft von Vorteil.

#### Unser Angebot

Vielseitige und anspruchsvolle Tätigkeit im Zentrum des politischen Geschehens, grosse Eigenverantwortung in einem kleinen Team, flexible Arbeitszeiten, fortschrittliche Arbeitsbedingungen (40-Stunden-Woche, 5 Wochen Ferien, 1 Woche Weiterbildung, 13. Monatslohn), Arbeitsort im Zentrum der Stadt Bern

#### Ihre Bewerbung

Bewerbungsdossier bis 26. August an: Daniel Furter, SP Kanton Bern, Bewerbung Campaigning, Postfach 1096, 3000 Bern 23 oder [daniel.furter@spbe.ch](mailto:daniel.furter@spbe.ch)

Weitere Informationen:

Daniel Furter 031 370 07 83 (Di, Mi, Fr)



### Ja zum Gesundheitsschutz – auch für alle Serviceangestellten.

Max Chopard-Acklin, Nationalrat SP



AM 23. SEPTEMBER 2012

### JA zum Schutz vor Passivrauchen für alle

[www.rauchfrei-ja.ch](http://www.rauchfrei-ja.ch)







IM BLICKPUNKT

## Sektion Region Steckborn

Über Jahrzehnte war Steckborn am Untersee ein blühender Industriestandort, der zeitweise über 2000 Arbeitsplätze zu bieten hatte. Die Nähmaschinenfabrik Bernina wurde 1886 gegründet und hat ihren Sitz bis heute in Steckborn. Ein bedeutender Arbeitgeber war auch die Petrol- und Benzinmaschinenfabrik Bächtold, die sich im ehemaligen Kloster Feldbach ansiedelte. Auf die Bächtold AG folgte die berühmt-berüchtigte Steckborn Kunstseide AG, die den Betrieb 1974 einstellte. Leider wissen wir wenig über die Arbeiterbewegung aus jenen Zeiten, aber bereits 1870 wurde der Grütliverein Steckborn gegründet, aus dem 1888 die SPS hervorging. Eine Metallarbeiter-Gewerkschaft entstand 1884 und aus dem Jahr 1901 stammt das älteste Protokoll des damaligen Arbeiterbundes. Bis in die 90er-Jahre gab es die Arbeiterunion Steckborn, die eng mit der SP verbunden war und Wahlkämpfe mitorganisierte und finanziell unterstützte. Alljährlich fanden 1. Mai-Anlässe mit Umzügen, roten Flaggen und manchmal berühmten Rednern (Walther Bringolf) statt.

### Früher

In der lokalen Politik hatte die SP einen schweren Stand. Nur einmal in der langen Geschichte stellte die SP mit Edi Minder den Gemeindepäsidenten. Im Gemeinderat ist die SP seit vielen Jahrzehnten mit 2 Mitgliedern vertreten. Heute stellt sie mit Andrea Hess die einzige Frau im 7-köpfigen Stadtrat. Franz Reithofer ist

zuständig für Fürsorge und soziale Wohlfahrt. In den besten Zeiten bestanden SP-Untersektionen in Berlingen, Eschenz und Müllheim und die Frauen fanden sich im Frauenturnverein SATUS. Damals zählte die SP-Sektion Steckborn bis zu 80 Genossinnen und Genossen.

### Heute

Seit einem Jahr führen Cornelia Komposch und Marianne Guhl im Co-Präsidium die Geschäfte. Ihr Ziel ist eine Sektion, die sich zeigt, Stellung nimmt und aktuelle Fragen diskutiert und vertieft. Wichtig sind auch die geselligen Treffen wie der Spaghetti-Plausch, mit dem uns Franz und Rahel Reithofer ins neue Jahr führen, die 2 bis 3 lockeren «Happy Hour», der Brätel- und Badeplausch im Hüttwilersee und demnächst das «Seeschwümme» von Steckborn ins Ausland. Das Gebiet der Sektion Region Steckborn ist sehr weitläufig: Von Berlingen bis Eschenz über das Seebachtal bis nach Müllheim. Das lässt uns nomadisieren mit den Veranstaltungen und Treffen, ist aber zugleich eine Herausforderung, denn das Interesse für aufwühlende Themen wie z. B. Turmhof Steckborn ist für Hüttwiler nicht unbedingt prioritär.

### Wir wollen uns zeigen...

...und das nicht nur in Steckborn. Für die Grossratswahlen konnte die Sektion mit Cornelia Komposch, Franz Reithofer, Christoph Ullmann und Marianne Guhl vier KandidatIn-

nen aufstellen, die alle sehr gute Wahlergebnisse erreichten. Deutlich haben die Wählerinnen und Wähler damit gezeigt, dass Steckborn auch nach der Bezirksauflösung mitreden und wahrgenommen werden will. Im Kantonalvorstand der SP Thurgau engagieren sich Alfons Eigenmann und Ruedi Buzek. Elisabeth Teutschmann führt die Sektions- und die Bezirkskasse. Mit Rosemary Capt hat der Vorstand eine zuverlässige und kompetente Sekretärin und Silvia Janett schreibt seit vielen Jahren die Protokolle. Dank der regelmässigen Teilnahme der SP-Stadträte Andrea Hess und Franz Reithofer an den Sitzungen ist der Vorstand gut orientiert und umgekehrt können auch wir unsere Anliegen einbringen.

### Wir träumen...

... von jungen, aktiven Mitgliedern, von gut besuchten Veranstaltungen, von einem breiten politischen Engagement und von Stimmbeteiligungen, die unsere Urnenoffizianten stöhnen lassen. Und dann noch dies: Am Freitag, 7. September steigt unser 3. Poetry Slam – die SP Region Steckborn möchte alle Leser und Leserinnen im Phönixtheater begrüßen dürfen.

Marianne Guhl  
ist Präsidentin  
der Sektion Steckborn





SP-FRAUEN

## Was ist uns Pflege wert?

Pflegefachleute verdienen im Kanton Bern 0,8 bis 4,5 Prozent weniger – im gesamtschweizerischen und im Vergleich mit den umliegenden Kantonen.



Allerdings ist die Datenlage nicht eindeutig, da es im Gesundheitswesen unterschiedliche gesetzliche Grundlagen und verschiedene Arbeitgeber gibt. Daten für Lohnvergleiche mit anderen Berufen fehlen vollkommen. Das ist der bürgerlichen Mehrheit im Grossen Rat aber egal: Sie hat es abgelehnt, dass ein Bericht zur Lohnsituation für den Altersbereich erstellt wird.

Dabei ist die Lage ernst: Der Mangel an diplomierten Pflegefachpersonen führt schon jetzt zu gravierenden Problemen und Studien zeigen, dass in den nächsten 20 Jahren Pflegende in grosser Zahl fehlen werden. Erstens gibt es weniger Jugendliche, zweitens bleiben zu viele ausgebildete Pflegende nicht lange im Beruf und drittens werden in den nächsten Jahren sehr viele Berufsangehörige pensioniert. Der Berufsnachwuchs kompensiert die Abgänge in keiner Weise.

Es sind in erster Linie gute Arbeitsbedingungen nötig, das bedeutet genügend Zeit- und Personalressourcen, Weiterbildungsmöglichkeiten und eben auch ein Lohn, welcher der anspruchsvollen Tätigkeit gerecht wird. Aber die Frage, ob die Pflege angemessen entlohnt wird, kann mangels Daten von der Regierung nicht einmal beantwortet werden. Diese Geringschätzung ist für den Pflegegenotstand verantwortlich. Und das können wir uns schon längst nicht mehr leisten.

Irène Marti Anliker, Grossrätin

# «Ich ermuntere Frauen, gleichen Lohn einzufordern»

**Die SP-Frauen-Seite widmet sich dieses Jahr dem Thema Lohngleichheit. Nach der kantonalen Schlichtungsstelle (Mai-Ausgabe) haben wir jetzt auf dem Unia-Sekretariat in Biel nachgefragt. Dort berät Teresa Matteo Frauen bei Lohngleichheitsklagen.**

**Mit welchen Problemen und Anliegen kommen Frauen zu dir in die Beratung?**

Teresa Matteo: Ich berate und unterstütze Frauen in ganz verschiedenen Fragen im Zusammenhang mit der Arbeit. Dazu gehören Kündigungen, nicht bezahlte Löhne oder Fragen im Zusammenhang mit den Sozialversicherungen.

**Ist bei dir auch die Lohngleichheit ein Thema?**

Sie ist manchmal ein Thema. Die Beweislage ist leider oft schwierig. Nach wie vor ist die Höhe des Lohnes in der Schweiz ein wohlgehütetes Geheimnis, so dass Lohnunterschiede in einem Betrieb nicht offen thematisiert werden.

**Welche Unterstützung kann die Gewerkschaft den Ratsuchenden bieten?**

Wir beraten die Frauen umfassend und unser Grundsatz lautet konsequent: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Wir müssen jeweils den Einzelfall anschauen, die vorhandenen Unterlagen analysieren und das weitere Vorgehen mit den Vor- und Nachteilen gemein-



Unia-Sekretärin Teresa Matteo: «Notwendig ist aber auch, dass die Arbeitnehmenden über ihre Löhne sprechen.»

sam klären. Wenn es sich herausstellt, dass die Frau aufgrund ihrer Funktion lohnässig diskriminiert wird, so werden wir sie unterstützen, wenn sie sich auf prozessualen Weg dagegen wehrt. Wir ermuntern Frauen, dies zu tun. Gestützt auf das Gleichstellungsgesetz kann die Gewerkschaft auch eine Verbandsklage einreichen, wenn der Ausgang des Verfahrens sich voraussichtlich auf eine grössere Zahl von Arbeitsverhältnissen auswirken wird.

**Wo siehst du den grössten Handlungsbedarf?**

Ganz klar in der Offenlegung der

Löhne seitens der Arbeitgeber. Notwendig ist aber auch, dass die Arbeitnehmenden über ihre Löhne sprechen. Ferner braucht es ein gesellschaftliches Umdenken – es fehlt immer noch an der nötigen Sensibilität in Sachen Gleichstellung. Es bleibt viel zu tun in diesem Themenbereich.

**Vielen Dank für dieses Gespräch.**

Das Interview führte **Barbara Nyffeler**.

**Teresa Matteo** ist Gewerkschaftssekretärin und arbeitet seit 2004 bei der Unia Biel-Seeland. Sie ist in der Rechtsberatung tätig und betreut die beiden Unia-Gruppen Frauen und Migration. Zudem ist sie Fachrichterin bei der kantonalen Schlichtungsstelle.

## ANLAUFSTELLEN BEI LOHNDISKRIMINIERUNG

Wer hilft weiter, wenn frau den Verdacht hat, sie erhalte für eine gleichwertige Arbeit nicht den gleichen Lohn? Das eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann empfiehlt ein schrittweises Vorgehen:

- Informationen beschaffen.
- Darüber reden – mit dem oder der Vorgesetzten.
- Fachleute kontaktieren. Gute Anlaufstellen sind die Gewerkschaften und Personalverbände. Die kantonale Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und

Mann bietet auch Beratung an, ebenso wie die Frauenzentrale Bern oder frac Biel/Bienne.

- Aussergerichtliche Lösung suchen – im Kanton Bern bei der Schlichtungsstelle.
- Gerichtsverfahren einleiten.

Auf der Website ([www.ebg.admin.ch](http://www.ebg.admin.ch)) des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann findet sich auch ein Leitfaden (Mein Lohn unter der Lupe), wie frau ihren Lohn überprüfen kann.

## LÄNGERE LADENÖFFNUNGSZEITEN

# Mehr Schaden als Nutzen!

**Eine Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten bringt kaum wirtschaftlichen Nutzen, aber dem Verkaufspersonal Verschlechterungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen.**

Im Juni beschloss der Grosse Rat, dass die Geschäfte in Basel in Zukunft am Samstag bis um 20:00 Uhr offen sein sollen. Zudem werden zwei Adventssonntage gesetzlich als offene Sonntage festgehalten und die Regierung kann zwei zusätzliche Sonntage pro Jahr für spezielle Anlässe definieren.

Ein breites Komitee, inklusive SP, hat das Referendum dagegen ergriffen. Nach nur einer Woche waren über 2400 Unterschriften gesammelt: Die Bevölkerung weiss, dass längere Ladenöffnungszeiten unnötig sind.

## Kaum wirtschaftlicher Nutzen

Unbestritten: Der starke Franken schadet dem Detailhandel, gerade in unserer Grenzregion. Doch es ist neoliberaler Irrglaube, mit

längeren Ladenöffnungszeiten die Euroschwäche und den Einkaufstourismus wettmachen zu können. Studien aus dem Ausland und des Seco zeigen, dass diese nur zu marginalen Umsatzsteigerungen, und nur bei den Grossdetailisten, führen. Also gibt es eine

S. Eichenberger



Umsatzverlagerung hin zu den Grossen und an die Randzeiten, statt Umsatzsteigerungen für alle Geschäfte.

## Schadet vielen

Im Detailhandel Basel-Stadt gibt es keinen Gesamtarbeitsvertrag, die Arbeitsbedingungen sind nur gesetzlich geregelt. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit im Detailhandel liegt heute bei

etwa 42 Stunden, erlaubt wären für die grossen Detailisten 45 und für die kleinen Läden 50 Stunden. Bei der Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten würden in einer idealen Welt Stellen geschaffen. In der Realität (s. erwähnte Studien) führt dies zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen des bestehenden Personals: Erhöhung der Wochenarbeitszeiten zum selben Lohn, mehr Flexibilität, keine Planbarkeit von Arbeit und Leben mehr. Das sind massive Einschnitte ins Arbeits- und Privatleben, gegen die sich das Verkaufspersonal zu Recht wehrt.

Und: Heisst Freizeit nur noch Shopping?



**Toya Krummenacher**  
Kandidatin Grossbasel  
West, UNIA NWCH

## REGIERUNGSRATSWAHLEN 2012

# Erfolgreich für Basel

**Mit der erfolgreichen Politik der rot-grünen Regierungsmehrheit wollen wir weiterhin die Zukunft Basels gestalten und allen Bewohnerinnen und Bewohnern eine lebenswerte Zukunft mit hoher Lebensqualität sichern.**

Die erfolgreiche Politik unserer drei RegierungsrätInnen Eva Herzog, Christoph Brutschin und Hans-Peter Wessels zusammen mit Guy Morin hat Basel in den letzten Jahren weitergebracht. Ihr Leistungsausweis in den verschiedensten Bereichen der Politik ist vielfältig. Eine rot-grüne Regierungsmehrheit garantiert die Fortsetzung dieser Politik. Sie wird Basels Zukunft aktiv gestalten und die notwendigen Akzente setzen.

Basel ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort. Diese Stärke ist zum Nutzen von Gewerbe und Wohnbevölkerung aktiv zu pflegen. Mit der Unterstützung

von Qualifikations- und Weiterbildungsangeboten, aber auch der Förderung weniger spezialisierter Jobs, können Arbeitsplätze und Einkommen gesichert werden. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, das hochstehende Bildungswesen und ein vielfältiges Kulturleben müssen dabei allen zugänglich sein. Zur Standortattraktivität gehört das Schaffen von neuem, bezahlbarem Wohnraum.

Unerwünschte Entwicklungen in der Bevölkerungsstruktur sollen rechtzeitig erkannt und Gegenmassnahmen eingeleitet werden. Sozialleistungen sollen gezielt den von Armut bedrohten Menschen zugute kommen, etwa durch höhere Familien-Mietzinsbeiträge oder

Verbesserungen bei den Alimen-ten. Den Menschen, die Sozialhilfe empfangen, ist die Wiedereingliederung in den Erwerbsprozess, Eigenständigkeit und Lebensqualität zu ermöglichen.

Es ist mehr Platz für Grün- und Freiräume zu schaffen, indem verdichtetes Bauen gefördert wird und Massnahmen zur Reduktion von Verkehrsflächen eingeleitet werden. Die Aufenthaltsqualität am Rheinbord soll über die Grenzen im Norden und Osten hinaus weiter verbessert werden. Die bisherigen Massnahmen für den Fussgänger-, Velo- und öffentlichen Verkehr sind gezielt fortzuführen und sollen bei zukünftigen Verkehrsinfrastrukturprojekten uneingeschränkte Priorität erhalten. Die Verkehrsberuhigung in den Wohnzonen (Tempo 30) ist flächendeckend über das ganze Stadtgebiet einzuführen.

Das Dreispitzareal als Gewerbe- und Wohngebiet mit gutem Anschluss an den öV soll weiterentwickelt werden, damit Basel den Anforderungen an einen modernen Standort mit genügend Wohnungen gerecht wird. Dies gilt auch für den Klybeck-Hafen. Die attraktive Lage am Rhein eignet sich vorzüglich für eine beispielhafte Entwicklung und bietet die einmalige Chance zur Gestaltung eines Quartiers mit hoher Lebensqualität nach ökologischen Kriterien.

Kurz zusammengefasst: Mit gesunden Staatsfinanzen wollen wir mit der rot-grünen Regierungsmehrheit Basel erfolgreich gestalten! Dafür setzen wir uns im Wahlkampf ein.



**Martin Lüchinger,**  
Präsident SP Basel-Stadt

# Eine lebendige Industriestrasse

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist nicht einfach. In vielen Gebieten des Kantons gibt es kaum noch freie Wohnungen, der Leerwohnungsbestand im Kanton sank 2012 auf 0.76 Prozent. Gleichzeitig strahlt die Immobilienspekulationsblase von Zürich immer stärker nach Luzern aus. Inzwischen stuft die UBS in ihrer Analyse auch Zug und Obwalden als Risikozonen ein.

Andernorts versucht die Politik da Gegensteuer zu geben. Zürich fördert den gemeinnützigen Wohnungsbau massiv. Die Stadt Zug wählte einen direkten Weg und erlässt in Sonderzonen Höchstpreise für Wohn- und Gewerberaum.

Nicht so in Luzern. Hier giesst die bürgerliche Politik zusätzlich Öl ins Feuer. Ein Beispiel: An zentraler und bestens erschlossener Lage besitzt die Stadt Luzern 9200 Quadratmeter Bauland, das seit rund 20 Jahren zwischengenutzt wird. In dieser Zeit wurden verschiedene fortschrittliche und äusserst gute Projekte für dieses Grundstück entwickelt. Statt eines dieser Projekte zu fördern, lancierte die Stadt einen Wettbewerb, mit dem Kaufpreis als wichtigstem Kriterium. Für gut 18 Millionen Franken soll nun das Industriestraszenareal, eines der letzten zusammenhängenden Grundstücke im Besitz der Stadt, an die Firma Allreal in Zürich verkauft werden. Die Investoren spekulieren mit dem Kauf auf eine gute Rendite, preisgünstiges Wohnen ist damit nicht vereinbar.

Als Reaktion auf den geplanten Verkauf beschlossen die heutigen Nutzer der Industriestrasse – Wohngemeinschaften, Kunstschaffende, aber auch diverse KMU – sich gegen dieses Verschern des städtischen Tafelsil-

bers zu wehren. Dafür gründeten sie eine Interessengemeinschaft für zahlbaren Wohn- und Gewerberaum an der Industriestrasse ([www.industriestrasse.ch](http://www.industriestrasse.ch)). Es geht nicht darum, ein neues Projekt per se zu verhindern, sondern die Chance wahrzunehmen, auf 9200 Quadratmetern ein sinnvolles Projekt zu verwirklichen, dass mehr schafft, als nur die Löcher im städtischen Haushalt nach den letzten Sparübungen zu füllen.

So lancierte die IG Industriestrasse eine Initiative mit dem Ziel, dass das Industriestraszenareal nicht verkauft, sondern im Baurecht abgegeben wird. Und zwar an gemeinnützige Wohnbauträger wie Genossenschaften oder Stiftungen. Innert Kürze konnten statt der benötigten 800 über 2600 Unterschriften eingereicht werden. Zusammen mit dem Ja der städtischen Stimmbewohner zur Initiative für zahlbares Wohnen am 17. Juni 2012 war dies das zweite Bekenntnis innerhalb weniger Wochen zu einer neuen und progressiven Wohnbaupolitik in der Stadt Luzern, wie sie die SP vertritt.

Mit einem Ja zur Initiative und einem Nein zum Verkauf des Areals kann die Stadt am 23. September erneut zeigen, dass es auch bei uns möglich ist, eine aktive Wohnbaupolitik zu gestalten. Diese Botschaft wird Signalwirkung für den ganzen Kanton haben.

**Daniel Gähwiler**  
Vize-Präsident  
der SP Kanton Luzern



## Verabschiedung Pascal Ludin

Mit Pascal Ludin hat per 15. Juni 2012 ein äusserst engagierter Mensch unser Parteisekretariat verlassen. Pascal war ein Parteisekretär, wie man ihn sich nur wünschen kann. Immer hilfsbereit, nichts war ihm zu viel: keine Kampagne, kein Brief, keine Nachforschung, keine Organisation irgendeiner Veranstaltung. (Sozialdemokratische) Politik war und ist seine grosse Leidenschaft. Ich hatte nie das Gefühl, dass er die Arbeit auf dem Seko überhaupt als Arbeit empfand. Er war stets guter Dinge, gut gelaunt und voller Ideen. Pascal hat die Partei mit Freude mitorganisiert. Das hat man gespürt und das hat der Partei gut getan. Er pflegte einen guten und engen Kontakt mit den Sektionen, was ihm sehr wichtig war. Er war sich bewusst, dass dies für den Zusammenhalt der Partei unerlässlich ist. Pascal hat einen unverkrampften Zugang zu Menschen und findet immer den richtigen Ton.

Im Mai wurde Pascal in den Gemeinderat von Adligenswil gewählt. Wir sind sehr stolz, dass er das mit einem Glanzresultat geschafft hat! Es war aber immer klar, dass er im Fall der Wahl seine Arbeit auf dem Seko nicht mehr weiterführen wird. Natürlich bedauern wir, dass das Seko einen sehr engagierten Mitdenker verliert. Pascal bleibt der Partei aber als Gemeinderat erhalten und darüber freuen wir uns sehr.

Wir wünschen ihm weiterhin viel Erfolg in seiner politischen Arbeit.

Die Stelle von Pascal übernimmt Sebastian Dissler. Er ist Garant dafür, dass es auf dem Seko gleichermassen engagiert weitergeht. Die 20 Stellenprozente von Sebi übernimmt neu der ehemalige Fussballprofi Benedikt Koller aus Luzern. Benedikt ist im Vorstand der JUSO Stadt Luzern. Er beginnt im Herbst sein Philosophiestudium in Zürich. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit ihm. Benedikt wird in der nächsten Nummer näher vorgestellt.

**Felicitas Zopfi**, Präsidentin SP Kanton Luzern





# Noch nicht fair genug

**Fair Trade boomt. Was vor über sechzig Jahren als «Grassroot-Bewegung» begann, ist inzwischen weltweit anerkannt. In der Schweiz sind Fair-Trade-Produkte heute nicht nur im Weltladen, sondern auch im Detailhandel erhältlich. Trotzdem besteht weiter Handlungsbedarf – vor allem bei der öffentlichen Beschaffung.**

Vor zwanzig Jahren kam in der Schweiz Kaffee als erstes Fair-Trade-zertifiziertes Produkt auf den Markt. Rund 1500 weitere Produkte sind seither dazugekommen. Doch auch wenn die Schweiz international eine Vorreiterrolle in Sachen Fair Trade einnimmt, gibt es grossen Handlungsbedarf. Denn obwohl die Schweiz Weltmeisterin im fairen Handel ist, gibt die Bevölkerung pro Kopf nur etwa 43 Franken im Jahr für Fair-Trade-Produkte aus. Swiss Fair Trade hat sich daher zum Ziel gesetzt, diesen Betrag auf mindestens 100 Franken zu erhöhen. Doch nicht nur die Konsumentinnen und Konsumenten sollen beim Einkauf mehr auf fair gehandelte Produkte achten, sondern auch Bund und Kantone.

## Fairer Handel sollte selbstverständlich sein

Die Vision des fairen Handels ist eine Welt, in der Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit im Zentrum der Handelsstrukturen und -praktiken stehen, damit jeder Mensch sich eine sichere Lebensgrundlage schaffen und sein persönliches Entwicklungspotenzial entfalten kann. Deshalb sollte der Kauf von fair gehandelten Produkten nicht die Ausnahme, sondern eine

Selbstverständlichkeit sein – gerade für Bund, Kantone und Gemeinden. Mit einem jährlichen Beschaffungsvolumen von rund 36 Milliarden Franken kommt ihnen eine grosse Bedeutung zu. Sie könnten eine Vorbildfunktion einnehmen und gezielt Produkte einkaufen, die unter menschenwürdigen und umweltschonenden Bedingungen hergestellt werden.

## Die Politik ist gefordert

Die Politik hat es in der Hand, auch bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen einen Schritt weiter zu gehen. In der Bundesverfassung (Artikel 2 und 3) ist das Prinzip der Nachhaltigkeit verankert. Jedoch nicht im Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen oder in der dazu gehörenden Verordnung. Diese definieren auf Bundesebene die Spielregeln für die Schweiz, wenn es um Aufträge der öffentlichen Hand geht, und bilden den entscheidenden Rahmen für die Ausgestaltung der kantonalen Gesetze zur öffentlichen Beschaffung. In der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2012–2015 ist zudem festgehalten, dass der Bund selbst bei seinem Konsumverhalten eine Vorbildfunktion einnehmen und nachhaltig beschaffen will.

## Revision des Bundesgesetzes

Für das Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen ist gegenwärtig eine Revision in Planung. Dabei ist zentral, dass das Gesetz die drei Säulen der nachhaltigen Entwicklung (Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft) in drei Zieldimensionen aufnimmt: 1. gesellschaftliche Solidarität, 2. ökologische Verantwortung und 3. wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO muss auch bei erbrachter Leistung im Ausland garantiert sein. Auf Verordnungsebene sind die Beschaffungsstellen dazu zu verpflichten vom Lieferanten die Offenlegung der gesamten Produktionskette der beschafften Güter zu verlangen und zu dokumentieren.

Bereits heute haben Beschaffungsstellen da, wo die Lieferungen unter den jeweiligen Schwellenwerten liegen, weit gehende Freiheiten. Der politische Wille und eine klare Strategie würden also ausreichen, um auch hier auf fairen Handel zu setzen. Erst wenn fairer Handel auch in der öffentlichen Beschaffung eine Selbstverständlichkeit ist, kann die Schweiz zu Recht stolz auf ihren Weltmeistertitel sein.

**Sonja Ribí** ist Geschäftsführerin von Swiss Fair Trade, dem Dachverband der Fair-Trade-Organisationen in der Schweiz.

## SWISS FAIR TRADE

Swiss Fair Trade ist der Dachverband der Fair-Trade-Organisationen in der Schweiz. Er verfolgt das Ziel, den fairen Handel zu stärken, faire Handelsstrukturen zu fördern, die hohen Anforderungen an den fairen Handel aufrechtzuerhalten und die Fair-Trade-Grundsätze besser bekannt zu machen.

Die Mitglieder von Swiss Fair Trade sind: arbeitskreis tourismus & entwicklung, Association romande des Magasins du Monde, Associazione Botteghe del Mondo, Brot für alle, Caritas Schweiz, claro fair trade AG, Erklärung von Bern, fair-fish, Fastenopfer, Fondation TerrEspoir, gebana, HEKS, Helvetas Swiss Intercooperation, ideale Fair Trade, kalebasse Fair Trade GmbH, Label STEP, Max Havelaar-Stiftung (Schweiz), Oikocredit, Remei AG, terrafair. Weitere Informationen auf [www.swissfairtrade.ch](http://www.swissfairtrade.ch)

## VERANSTALTUNG

### «FAIR TRADE – GERECHTER LOHN FÜR HARTE ARBEIT»

Weiterbildungsangebot von Movendo, dem Bildungsinstitut der Gewerkschaften, in Zusammenarbeit mit Swiss Fair Trade

Die Teilnehmenden kennen die Ziele und Grundsätze des Fairen Handels; wissen, wie fairer Handel in der Praxis funktioniert; können als KonsumentInnen Einfluss nehmen

ReferentInnen Andrea Hüsler (Erklärung von Bern), Christa Luginbühl (Erklärung von Bern), Sonja Ribí (Swiss Fair Trade), Markus Staub (Max Havelaar-Stiftung (Schweiz))

**24. Oktober 2012**, Volkshaus Zürich, Kursdauer 1 Tag,

Anmeldung [info@movendo.ch](mailto:info@movendo.ch); Tel. 031 370 00 70; Movendo, Postfach, 3000 Bern 23

## Die Arbeitsgruppe Medien der SP Schweiz

Die AG Medien organisiert interne Debatten (jüngst etwa zu «Acta») oder öffentliche Veranstaltungen (vgl. nebenstehenden Artikel) und gibt Empfehlungen zuhanden der Parteileitung ab. Neben Parlamentarierinnen und Parlamentariern sind Medienschaffende und andere Medieninteressierte Mitglieder. Derzeit beschäftigt sie sich mit der Frage, wie in der Schweiz das massenmediale Angebot wieder näher an die Bedürfnisse der direkten und föderalistischen Demokratie herangeführt werden könnte.

Wir gehen davon aus, dass eine demokratiegerechte Medienpolitik nicht wie bisher allein den Rundfunksektor, sondern neu auch die Presse und den Onlinebereich umfassen sollte. Sie muss der fortschreitenden Monopolisierung, den Qualitäts- und Vielfaltsverlusten, den sich ständig verschlechternden Arbeitsbedingungen und der unbefriedigenden Situation im Bereich Aus- und Weiterbildung für Medienschaffende entgegenwirken. Sie hätte insbesondere auch neue journalistische Medienorganisationen zu fördern, die als Initiativen aus der Zivilgesellschaft heraus entstehen und bei der professionellen Autonomie von Journalistinnen und Journalisten ansetzen. Das drängt sich speziell im regionalen oder kantonalen Raum auf, wo die Medien- und Meinungsvielfalt schon stark eingeschränkt ist. Mit der Unterstützung neuer Medien können gezielt Strukturen gefördert werden, die es auf dem «freien Markt» zwar schwer haben, den Journalismus aber stärken – etwa demokratisch-partizipative Strukturen zur Selbstorganisation von Journalistinnen und Journalisten. Fördergelder sollten künftig vor allem nicht-profitorientierten Medien zugute kommen, in denen eine journalistische und nicht eine kommerzielle Logik dominiert.

Eine demokratiegerechte Medienpolitik braucht Geld. Wir schätzen den jährlichen Förderbedarf im Print- und Onlinebereich auf 50 bis 100 Millionen Franken. Zur Verfügung stünden einerseits die bisher für die indirekte Presseförderung aufgewendeten Mittel; es könnten aber auch neue Quellen angezapft werden wie etwa eine Abgabe von einem Prozent auf die in den Massenmedien platzierte Werbung oder eine Abgabe auf dem von den Suchmaschinen generierten Datenverkehr im Internet.

Bis Ende 2012 will die AG ein Positionspapier erarbeiten. Es wird ein konkretes Fördermodell vorgeschlagen. Ein Muster liefert die Förderung privater Lokalradios und regionaler TV-Stationen. Sie operiert mit dem Instrument des Leistungsauftrags und wird mit einem Stück vom Gebührenkuchen der SRG finanziert.

Hans-Jürg Fehr, Nationalrat SH  
Pascal Zwicky, Projektleiter Themenmanagement  
bei der SP Schweiz und Präsident der AG Medien



Daniel Fuchs

## Medien in schlechten Zeiten

**Eine Tagung von SP und Syndicom bot Schweizer Medienschaffenden Ende Juni die Gelegenheit, sich über die gegenwärtige Situation der Medien auszutauschen. Fazit: Die Schweiz braucht eine neue Medienpolitik.**

«Medienpolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik», sagte Pascal Zwicky, Präsident der AG Medien der SP Schweiz, zu Beginn der Tagung. Breite öffentliche Debatten seien Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie und die Medien nähmen eine zentrale Rolle bei ihrem Zustandekommen ein. Heute aber werde die Schweizer Medienlandschaft von wenigen Konzernen dominiert, sodass die Konsumentinnen und Konsumenten praktisch nur noch mit Mainstreamjournalismus konfrontiert sind.

Referentinnen und Referenten aus Forschung und Bildung, Journalistinnen und Journalisten unterschiedlicher Medien und gegen achtzig weitere Teilnehmende beteiligten sich an der von Syndicom und SP organisierten Tagung und machten eine ernüchternde Bestandsaufnahme: Um den Schweizer Journalismus ist es nicht gut bestellt. Gerade auf lokaler Ebene wird das Angebot zunehmend ausgedünnt, sodass mittlerweile eine echte Medienvielfalt fehlt. Mit dieser Entwicklung einher gehen ein Abfluss der Werbegelder ins Ausland und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für Journalistinnen und Journalisten. «Die Sozialpartnerschaften sind brüchig, der Kündigungsschutz ungenügend, es herrschen insbesondere für freie Mitarbeitende oft prekäre Arbeitsverhältnisse», sagte Stephanie Vonarburg, Zentralsekretärin Branche Presse und elektronische Medien von Syndicom. «Die aktuelle Situation der Schweizer Medien ist unbefriedigend», stellte Vonarburg fest. Ziel der Tagung sei es darum, Handlungsoptionen auszuloten.

### Neue Finanzierungsmodelle sind nötig

In Workshops diskutierten die Teilnehmenden Fragen wie: Wie können die Medien ihrer demokratiepolitischen Aufgabe noch gerecht

werden? Braucht es neue Formen der Medienförderung? Welche medienpolitischen Ideen bestehen?

Was es dringend brauche, seien neue Überlegungen, wie Medien und Journalismus finanziert werden könnten, waren sich die meisten Anwesenden einig. Heute besteht die Medienförderung in der Schweiz aus der Förderung der öffentlichen Radio- und Fernsehsender und der indirekten Presseförderung über Portoverbilligungen. Dies ist angesichts der zunehmenden Digitalisierung der Medien nicht mehr zeitgemäss. Es existieren zwar Medien mit alternativem Finanzierungsmodell wie die «Wochenzeitung WoZ» oder «Le Courrier», sie sind jedoch Einzelfälle. Auch sind mit der «Tageswoche» in Basel und «Journal B» in Bern neue Onlinemedien entstanden. Beide können sich aber nur dank einer Mäzenin finanzieren. Es sind also neue Modelle der öffentlichen Unterstützung gefragt. Nur: Das herkömmliche Modell wird von den grossen Schweizer Medienhäusern hartnäckig verteidigt – sie profitieren davon. Gleichzeitig würden sie Diskussionen über neue Ansätze ab.

Eine Motion von Hans-Jürg Fehr, die den Bundesrat auffordert, neue Vorschläge für eine Medienförderung zu machen, wurde von den Räten zwar vor kurzem angenommen. Jedoch lediglich in verwässerter Form: Der Bundesrat soll zwar ein Konzept für eine Medienförderung vorlegen, die vorgesehene Frist wurde aber ersatzlos gestrichen. «Der Bundesrat kann dies auch erst in hundert Jahren tun», sagte Fehr an der Tagung, «so lange können wir aber nicht warten.» Sein Fazit: Die Linke muss selber eine Medienpolitik erarbeiten. Die Arbeitsgruppe Medien der SP Schweiz will darum bis im Herbst ein Positionspapier verfassen, in dem ein konkretes Fördermodell vorgeschlagen wird (siehe Zweittext). *aba*

# Verkehrspolitische Sackgasse

**Während der Sanierung des Gotthardtunnels soll der Autoverkehr durch eine zweite Röhre ungebremst weiterrollen. So will es der Bundesrat. Trotz Widerspruch zur Verfassung und Mehrkosten. Das Referendum ist so gut wie sicher.**

Der 1980 eingeweihte Gotthard-Strassentunnel muss vollständig renoviert werden. Zu diesem Zweck wird er rund tausend Tage lang geschlossen bleiben. Hierbei favorisierte der Bundesrat zunächst jene Lösung, welche die Alpen-Initiative vorgeschlagen hatte: einen Bahnverlad als Ersatz für den gesperrten Strassentunnel. Möglich ist dies, weil 2017 der neue Eisenbahn-Basistunnel eröffnet wird. Für die Lastwagen, so der Vorschlag der Alpen-Initiative, kann für die Dauer der Sperrung des Strassentunnels eine «Rollende Landstrasse» durch den Basistunnel eingerichtet werden. Die Personenwagen werden im Hucklepackverkehr durch den alten Eisenbahntunnel transportiert, wie dies bereits heute am Lötschberg geschieht. Gemäss dem Bundesamt für Strassen würde diese Lösung je nach Variante auf 1,2 bis 1,9 Milliarden Franken zu stehen kommen. In diesem Betrag sind sowohl die Kosten für die Sanierung des alten Strassentunnels wie auch jene für die «Rollende Landstrasse» inbegriffen.

## Der Kunstgriff des Bundesrats

Doch die Strassen- und Tunnelbaulobby verfolgt andere Ziele. Sie will um jeden Preis den Bau einer zweiten Strassenröhre durchsetzen. Die Zahl der Fahrspuren würde damit von zwei auf vier erhöht. Dies steht in klarem Widerspruch zum Verfassungsartikel über den Alpenschutz, weil so zusätzliche Kapazitäten für den Strassenverkehr geschaffen werden. Aus diesem Grund bedient sich der Bundesrat eines juristischen Kunstgriffs, um den Bau einer zweiten Röhre doch zu ermöglichen. Er schlägt ein Gesetz vor, welches garantieren soll, dass nie mehr als zwei der insgesamt vier Fahrspuren gleichzeitig benutzt werden. Es ist indes zweifelhaft, ob man dauerhaft der Versuchung widersteht, alle vier Spuren für den Verkehr zu öffnen. Würde diese Gesetzesklausel aber respektiert, wäre dies das erste Strassenbauwerk, dessen vollständige Nutzung von Anfang an verboten wäre. Wirtschaftliches Denken sieht anders aus.

Der Bau einer zweiten Strassenröhre und die Sanierung des alten Tunnels kämen auf

2,8 Milliarden Franken zu stehen. Das Bundesamt für Strassen verschweigt jedoch bewusst, dass die Unterhalts- und Betriebskosten stark steigen würden. Denn nach der Sanierung des alten Tunnels würden beide Röhren benutzt



(eine Fahrspur pro Tunnel). Die jährlichen Kosten für den neuen Tunnel lägen bei etwa 40 Millionen (zwei Prozent der Baukosten). In den kommenden 40 Jahren bis zur nächsten Total-sanierung kämen so kumulierte Ausgaben von 1,6 Milliarden Franken zusammen.

Berücksichtigt man Betrieb und Unterhalt, kommt die Variante des Bundesrats also auf 4,4 Milliarden Franken zu stehen. Gegenüber dem Bahnverlad schwanken die Mehrkosten demnach zwischen 2,5 und 3,2 Milliarden. Natürlich wird die Verkehrssicherheit durch den Bau zweier einspuriger Röhren minim verbessert. Die Beratungsstelle für Unfallverhütung bfu stuft das Kosten-Nutzen-Verhältnis jedoch als schlecht ein – und dies auch unter dem Gesichtspunkt der Verkehrssicherheit.

Zweifellos stellt die tausendtägige Sperrung des Strassentunnels für das Tessin eine Unannehmlichkeit dar. Mit der Einrichtung eines

Bahnverlads als verlässlicher Alternative wäre dies jedoch zumutbar. Man beachte zudem, dass der Strassentunnel gemäss bundesrätlichem Vorschlag während 150 Tagen ohne jegliche Alternative geschlossen bliebe. Denn gewisse dringende Renovierungsarbeiten können nicht bis 2027 warten, wenn die zweite Röhre frühestens in Betrieb genommen werden kann. Anders gesagt: Der Bundesrat ist bereit, fast 3 Milliarden Franken zu investieren, um zu vermeiden, dass der Tunnel während 850 Tagen geschlossen bleibt. Dies entspricht mehr als 3 Millionen Franken pro Tag, an dem der Tunnel nicht geschlossen werden muss. Für diesen Preis könnte man ebenso gut eine Luftbrücke ins Tessin einrichten.

## Haarsträubender Widerspruch

Innert weniger Wochen geriet der Bundesrat angesichts dessen gehörig ins Schwimmen. Verkehrsministerin Doris Leuthard bekam es wegen der enormen Zusatzkosten mit der Angst zu tun; sie schlug eine Maut am Gotthard vor. Die Tessinerinnen und Tessiner dürften eine solche Neuerung aber kaum schätzen. Denn heute können sie gratis einen Tunnel benutzen, der seinen Zweck erfüllt.

Und der Bundesrat widerspricht sich in noch weitaus haarsträubenderer Art und Weise: Einerseits beteuert er, der Bau einer zweiten Röhre werde die Kapazitäten nicht erhöhen. Andererseits aber lässt er verlauten, ein zweiter Tunnel sei notwendig, um das zu erwartende Verkehrswachstum zu bewältigen. Man reibt sich nur noch verwundert die Augen.

Zudem investiert der Bund bis 2020 14 Milliarden Franken für den Bau der Eisenbahn-Basistunnels am Ceneri und am Gotthard. Erklärtes Ziel ist es, damit den Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern. Statt diese neuen Infrastrukturen zu nutzen und von der Schliessung des Strassentunnels zu profitieren, um der Güterverlagerung positive Impulse zu geben, macht der Bundesrat eine 180-Grad-Kehrtwende. Kurz und gut: Das Referendum gegen diesen zweiten Strassentunnel ist unumgänglich. Und wir freuen uns schon heute, die Abstimmung zu gewinnen.



Roger Nordmann ist Vizepräsident der SP-Fraktion und Mitglied der nationalrätlichen Verkehrskommission

# Schwarze Blüten der Ethik

**Angesichts steigender Gesundheitskosten nehmen Diskussionen über das Kosten-Nutzen-Verhältnis medizinischer Leistungen zu. Statt uns jedoch anzumassen, über den Nutzen von Menschenleben zu urteilen, sollten wir uns vielmehr für die Verbesserung der Gesundheitsversorgung für alle einsetzen.**

Oft ist es besser, beispielsweise dem Knie Zeit zur Selbstheilung zu gewähren, als gleich das Kreuzband mit dem Skalpell zu traktieren. Schliesslich bedeutet jeder medizinische Eingriff auch ein Risiko. Die Erforschung qualitativ zielführender Behandlungen ist darum wichtig für die bestmögliche Behandlung von Patientinnen und Patienten.

Dagegen drehte sich die kürzlich von der Schweizerischen Akademie der medizinischen Wissenschaften (SAMW) durchgeführte Tagung mit dem Titel «Medizin für alle?» mitnichten um die bestmögliche Versorgung der Patienten. Vielmehr stand die ökonomische Bewertung der Lebensqualität im Vordergrund, die sogenannten «Qualys», ein Index zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit einer Behandlung. Wie aber lässt sich anhand eines Indexes Lebensqualität definieren? Und wie lässt sich daraus ableiten, dass bestimmte medizinische Leistungen aus dem Grundkatalog gestrichen werden können? Die Diskussion solcher Fragen sei nicht unmoralisch, sondern unvermeidbar, sagen Ärztinnen, Ökonomen und Ethikerinnen. Ein Ethiker stellte an jener Tagung sogar die These auf: «Es kann gerechter sein, bei der Zuteilung knapper Ressourcen Unterschiede zwischen Menschen zuzulassen, welche auf Nutzenüberlegungen beruhen.» Nur: Welcher Mensch hat welchen Nutzen für wen? Wir dürfen nicht zulassen, dass Gesellschaft und Politik so tief in die menschliche Unmenschlich-



keit abgleiten, sich anzumassen, den Nutzen des einzelnen menschlichen Lebens bewerten zu wollen!

Statt ihre Energien in ethischen Untiefen zu verschwenden, sollten Politik und Wissenschaft sich auf die Erforschung des Outcome-Nutzens für die Gesundheit und Lebensqualität der Kranken, für die Volksgesundheit konzentrieren. Eine qualitative Verbesserung der Gesundheitsversorgung für alle muss das Ziel sein: die optimale Wirkung von Medikamenten statt Scheininnovationen, Behandlungsqualität statt unnötiger Eingriffe, optimale Früherkennungs- und Präventionsstrategien, um die Volksgesundheit zu stärken, und eine transparente Fehlerkultur, die den Weg zur laufenden Verbesserung des medizinischen Wis-

sens öffnet. Ganz im Interesse aller, auch des Wirtschaftszweiges Gesundheit. Wir sollten auf Qualität setzen und nicht auf Kosten der Patientinnen und Patienten sparen, denen das Gesundheitswesen in erster Linie dienen sollte. Ersparen sollten wir uns auch Expertisen von jenen Wirtschaftlichkeitsaposteln und Ethikerinnen, deren Funktion es zu sein scheint, der fortschreitenden Ökonomisierung ein moralisches Mäntelchen zu verpassen.

**Bea Heim**  
ist Nationalrätin SO



Dreamtime Travel in Baden bietet weltweit erste, komplett «Fair Trade» zertifizierte Reisen an. Mit dem Gütesiegel «Fair Trade in Tourismus Südafrika» wurden erstmals Tourismusbetriebe anhand der internationalen «Fair Trade» Richtlinien ausgezeichnet.

Setzen Sie ein Zeichen und berücksichtigen Sie eine Tourismusform in Einklang mit der Bevölkerung und der Natur.



**dreamtime**  
TRAUMZIELE TRAUMREISEN

Mehr Details finden Sie unter [www.fairreisen.ch](http://www.fairreisen.ch) Dreamtime Travel AG · 5401 Baden · 056 410 0101



# GENOSSEN

Von Daniel Furter, Ex-Filmfestival-Mitorganisator  
und Parteisekretär SP Kanton Bern



## Das Problem liegt tiefer

**Wieso ich den Film «Image Problem» am Filmfestival Locarno nicht nur geniessen konnte.**

Die Mission ist wohl von vornherein zum Scheitern verurteilt. Zwei Berner Filmemacher wollen das Image der Schweiz mit einem Film aufpolieren. Dabei ist weder klar, ob und welches Imageproblem die Schweiz hat, noch wer wie Abhilfe schaffen könnte. Es bleibt die Flucht in die klassischen Clichés Wanderweg, Lampion und Matterhorn. Diese werden dann endlos durchdekliniert und am Schluss kommt alles so durcheinander, dass eine junge Frau, die ahnungslos ihren Hund Gassi führt, sich für die unethische Geschäftspolitik des weltgrössten Rohstoffkonzerns mit Sitz in Baar entschuldigen muss.

Der Film startet mit einem einfallslosen und peinlichen Auftritt des bei Drehbeginn noch amtierenden Präsenz-Schweiz Chefs Johannes Matyassy: Für ihn sind die roten Werbe-Chäppli zum Beispiel total



praktisch bei einer Evakuation im Ausland, damit nur Schweizer ins Flugzeug steigen. Dann werden etwas hilflos wirkende Menschen vor einem Greenscreen auf ein rotes Bänkli montiert und schliesslich auch noch ein Casting für eine neue Helvetia durchgeführt. Am Ende soll für all die unsauberen Geschäfte der Schweiz eine simple, vom Blatt abgelesene Entschuldigung beim Ausland reichen. So erliegt der Film – und das ist nicht beabsichtigte Satire, sondern unfreiwillige Ironie – demselben tiefer liegenden Problem, dem nicht nur das Imageproblem unseres Landes zu Grunde liegt: der schweizerischen Selbstgefälligkeit.

Dabei fände ich es äusserst spannend zu erfahren, was in unseren Nachbarländern und in unseren Stuben in- und ausländischer Provenienz heute über das Image der Schweiz gedacht wird. Dies zu ergründen müssen wir wahrscheinlich ausländischen Filmschaffenden überlassen – mit etwas mehr Distanz.

Auch wenn mich die Konzeptlosigkeit ärgerte, so amüsierten mich doch einige Einfälle der Filmemacher, musste ich über die porträtierten Schweizerinnen und Schweizer lachen und habe die bezaubernde Modelleisenbahn-Ästhetik realer Schweizer Land- und Städten genossen.

Image Problem von Simon Baumann und Andreas Pfiffner ist im internationalen Wettbewerb am Filmfestival Locarno und kommt am 20. September in die Schweizer Kinos.

*Möchtest du den LeserInnen etwas vorstellen – ein Buch, einen Film, eine Wanderung –, das du GENOSSEN hast?  
Schreibe ein Mail an*

*andrea.bauer@spschweiz.ch*

## KNALLROT

**Julia Gerber Rüegg**  
verabschiedet sich mit diesem  
Knallrot nach acht Jahren als Co-  
Präsidentin der SP Frauen Schweiz.



## Das andere Geschlecht

In den 90ern lancierten Frauenrechtsorganisationen die Kampagne «Frauenrechte sind Menschenrechte». Und machten klar, dass Gleichberechtigung nicht auf die Ausweitung männlicher Rechte auf Frauen beschränkt werden kann, sondern dass gewisse Probleme nur Frauen betreffen. So, wie gewisse Probleme nur Männer betreffen.

Eine Resolution des UN-Sicherheitsrates fordert den konkreten Einbezug von Frauen in alle Phasen eines Konflikts. Ein Gegenstück dazu wäre eine Resolution, die den Einbezug von Männern in alle Phasen der Sorgearbeit forderte und zu einer gerechteren Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit führte. Kein Zufall, dass eine solche Forderung bis heute nicht auf dem Tisch liegt. Denn noch haben sich Männer als Kollektiv nicht gründlich mit dem hohen Preis für ihre gesellschaftliche Position auseinandergesetzt. Aber immer mehr Männer sind mit althergebrachten patriarchalen Normen nicht mehr einverstanden. Es ist nachvollziehbar, dass sie auf der Suche nach anderen Lebensentwürfen etwa bei der SP Frauen einsteigen möchten. Und es ist richtig, dass Frauen und Männer sich endlich gemeinsam für eine geschlechtergerechte Welt starkmachen. Das kann aber nicht heissen, dass Männer bei Frauenorganisationen zusteigen und diese zu Gleichstellungsgremien werden. Die Geschichte der Frauen ist eine andere. Erst wenn Männer die Geschichte ihres Geschlechts verstehen, können sie ihre eigene Gegenwart verstehen, ihre Zukunft entwerfen und auf Augenhöhe mit den Frauen diskutieren. Wie auch immer der Parteitag über die Gleichstellungsstrategie der SP entscheidet, ich lade die Männer im Sinne von Simone de Beauvoir ein, ihre Emanzipation zuerst unter sich anzupacken. Was de Beauvoir in «Das andere Geschlecht» den Frauen ins Stammbuch geschrieben hat, gilt auch für Männer: «Ich glaube, dass zur Klärung der Situation der Frau immer noch Frauen am besten in der Lage sind. Wir kennen die weibliche Welt besser als die Männer, da wir darin wurzeln; wir erfassen unmittelbarer, was für einen Menschen die Tatsache bedeutet, ein weibliches Wesen zu sein; und wir legen auch mehr Wert darauf, es zu wissen.»

Ich danke ganz besonders Kathrin Scheidegger-Ogi und Barbara Berger sowie Maria Roth-Bernasconi für die gute Zusammenarbeit.

## ROTSTICH

## Lustig ists am Single-Tisch

Der Schreibende ist zur Hochzeit eines guten Freundes geladen. Einen Single-Tisch im herkömmlichen Sinn, diesen unbarmherzigen Pranger zwecks Zurschaustellung partnerschaftlicher Inkompatibilität, gibt es zum Glück nicht. Wohl aber ein Séparée für ideell Alleinstehende. Dort werden – im Rahmen eines Feldversuchs – all jene platziert, die man sonst niemandem zumuten will.

Zuerst herrscht betretenes Schweigen. Man kennt sich ja nicht. Rotwein lockert die Zungen, zaghaftes Kennenlernen setzt ein. Nachdem ich das Parteibüchlein – rein metaphorisch – auf den Tisch gelegt habe, mache ich mich bei meinen Nebenmann schlau. «Ich arbeite in London als Investmentbanker», gesteht dieser. Holla die Waldfee! Betretenes Schweigen rundum. «Ha!», durchfährt es mich erleichtert, «die Buhmann-Rolle bleibt für einmal nicht am Genossen kleben.» Ein Sozi, ein Geldtransporteur mitsamt Handwerkerhintergrund sowie signifikant jüngerer Freundin und ein Investmentbanker treffen sich – so könnte auch ein Schenkelklopfer beginnen. Und weil es so witzig ist, gibt es gleich noch einen Fotokünstler, eine naiv-hübsche HSG-Studentin, einen Bundesbeamten und einen Juristen obendrauf. Das Brautpaar hat offenkundig Humor.

Zum Glück haben wir den auch. Je später der Abend, desto ausgelassener die Stimmung zu Tisch. Wir ziehen neugierige Blicke auf uns. «Ihr habt's so lustig bei euch drüben», geben sich am Dessertbuffet die ersten Neider zu erkennen. Stimmt, wir lassen thematisch nichts aus. Die Diskussion ist äusserst unterhaltsam.

Aber letztlich halt auch ebenso hoffnungslos. Stunden später, als ich müde ins Bett falle, erfasst mich ein wohligh-warmes Glücksgefühl: In diesem Moment bin ich der überzeugteste Sozialdemokrat auf der ganzen Welt. *Cüpli-Sozi*

## «Grüezi! Hän Sie scho...?»

Gestartet hat das Ganze mit dem Besuch der SP-Fraktion in Bundesbern. Nach einer regulären Führung können wir die spannenden Fraktionsdebatten mitverfolgen und die Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit brennenden Fragen löchern.

Auch das zweite Treffen hat es in sich. Mit Hans-Jürg Fehr bringt uns ein echtes Urgestein der SP mit bunten Anekdoten die Parteigeschichte näher. Am Nachmittag wagt sich der Chef persönlich zu uns. Anhand einer kritischen Analyse zeigt Christian Levrat die Herausforderungen und Chancen der SP in der Zukunft auf.

Der dritte Teil dreht sich um die Planung einer Kampagne. Nach einem theoretischen Teil am Morgen mit den erfahrenen Kampagnenleiterinnen und -leitern Andrea, Lorenz und Severin ist es unsere Aufgabe, eine eigene Aktion zur Erbschaftssteuerinitiative zu planen. Ein paar Stunden und viele kreative Diskussionen später haben wir unser Konzept zusammen. Unsere zentrale Aussage: Die AHV ist für uns junge Menschen genauso wichtig wie für ältere Personen. Wir wollen mithelfen, sie zu sichern. Wenn jemand Millionen erbt, ist das schlichtweg



Glückssache, ein Sechser im Geburtenlotto. Und meistens sind diese Glückspilze bereits reich. Die Chance, dass Herr oder Frau Schweizer eine Million erben, tendiert also eigentlich gegen null – es ist die Nummer 25 auf dem Glücksrad. Damit sich Vermögen nicht unendlich akkumulieren und Reiche nicht immer reicher werden, braucht es eine Erbschaftssteuer. Einen Tag lang sammeln wir mithilfe des Glücksrads Unterschriften in der Berner Innenstadt. Diejenigen unter uns, die bisher noch nie oder erst wenig gesammelt haben, lernen den

harten Politikeralltag kennen. Zeitweise und an manchen Orten kommt es einem vor, als renne man gegen eine Wand. «Grüezi! Hän si scho...?» – «Nei, bitte nid!» ist Standard. Die drei Expertinnen und Experten unterstützen uns aber dabei, unsere Ziele zu erreichen.

Das Programm «Junge Perspektive» läuft für uns noch bis Ende Jahr. Bis jetzt konnten wir beide extrem viel davon mitnehmen. Was «Junge Perspektive» ausmacht, ist zum einen die Nähe zur Praxis. Das Programm bietet alles, was man im Politalltag braucht. Es beinhaltet aber auch die nötige theoretische Basis. Wir jungen Politikerinnen und Politiker, aktiv in SP und Juso, lernen das Handwerk von Expertinnen und Experten und können uns dabei vernetzen. Das Programm funktioniert, wie so vieles, dank dem leidenschaftlichen Engagement von Monika Bolliger, deren Anliegen es ist, uns so viel wie möglich auf mit den Weg zu geben.

Dieses Programm ist allen zu empfehlen, die sich gerne kritisch mit ihrem politischen Engagement auseinandersetzen wollen.

Adil Koller und Virginia Koepfli

## GESEHEN



Sommer, Sonne, Sozialismus: Am vierten Sommerlager der Juso Schweiz in Chandolin nahmen über 120 engagierte Jusos teil, um sich in der politischen Arbeit inhaltlich und praktisch weiterzubilden.

7. September  
**Koordinationskonferenz  
 der SP Schweiz**  
 in Lugano

8./9. September  
**Ordentlicher Parteitag  
 der SP Schweiz**  
 in Lugano

1. Dezember  
**Delegiertenversammlung  
 der SP Schweiz**

[www.spschweiz.ch](http://www.spschweiz.ch)

## SP FRAUEN SCHWEIZ

18. August, 10–16 Uhr  
**Frauenkonferenz**  
 Lausanne

[www.sp-frauen.ch](http://www.sp-frauen.ch)

## IMPRESSUM

### Herausgeber

SP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34,  
 3001 Bern, Telefon 031 329 69 69  
 Fax 031 329 69 70

Erscheint 9 Mal pro Jahr  
 Auflage 43310 (Wemf)

### Abonnementspreise

Für Mitglieder der SP Schweiz gratis  
 Adressänderungen/Abos:  
[abo@spschweiz.ch](mailto:abo@spschweiz.ch)

### Redaktion

Andrea Bauer (Chefredaktion), Barbara Berger  
 (SP Frauen), Niklaus Wepfer (SP Kanton Solothurn),  
 Sandra Eichenberger (SP Basel-Stadt),  
 Ruedi Brassel (SP Baselland), Daniel Furter (SP  
 Kanton Bern), Katharina Kerr (SP Kanton Aargau),  
 Pascal Ludin (SP Kanton Luzern), Benedikt  
 Knobel (SP Kanton Thurgau), Leyla Gül (SP  
 Stadt Bern), Urs Geiser (Korrektor)

### E-Mail Redaktion

[andrea.bauer@spschweiz.ch](mailto:andrea.bauer@spschweiz.ch)

### Gestaltungskonzept

[muellerluetolf.ch](mailto:muellerluetolf.ch)

### Produktion

Atelier Kurt Bläuer, Bern

### Druck

Ringier Print Adligenswil AG  
 Postfach 3739, 6002 Luzern

### Anzeigen

Kilian Gasser, Medienvermarktung GmbH  
 Hellgasse 12, 6460 Altdorf  
 Telefon 041 871 24 46, Fax 041 871 24 47  
[kg@kiliangasser.ch](mailto:kg@kiliangasser.ch)

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 6.8.  
 Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 5.9.

## MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

**In folgenden Seminaren sind noch  
 einige Plätze frei.**

D2.1.1208

### Fair Trade – gerechter Lohn für harte Arbeit

24.10.2012 in Zürich  
 siehe Seite 13

D2.1.1205

### Wir werden immer älter – welche Folgen hat das?

29.8.2012 in Zürich

Ausmass der demografischen Alterung,  
 wirtschaftliche Zusammenhänge,  
 Folgen des Wandels in Bezug  
 auf die Sozialwerke. Referent: Daniel  
 Lampart (SGB)

D2.3.1203

### Soziale Absicherung bei Krankheit, Unfall und Invalidität

3./4.9.2012 in Oberdorf SO

Funktionsweise, Leistungen, An-  
 spruchsvoraussetzungen und Finan-  
 zierung von IV, UV, KV, Zukunftspers-  
 pektiven und gewerkschaftliche Posi-  
 tionen. Referentinnen: Doris Bianchi  
 (SGB), Christine Goll (ehemalige Na-  
 tionalrätin)

D2.6.1228

### Wie lerne ich effizient

3./4.9.2012 in Olten

Auseinandersetzung mit dem eigen-  
 en Lernen, Lernbiografie, biologische  
 Grundlagen, Lerntypen und  
 Lernstile, Übungen für bessere Lern-  
 strategien. Referentin: Emiliana Della  
 Torre (Movendo)

Die Kosten für Gewerkschaftsmit-  
 glieder werden meistens von der Ge-  
 werkschaft getragen. Mit deiner An-  
 meldung klären wir die Kostenfrage  
 ab und informieren dich.

SP-Mitglieder, die nicht Gewerk-  
 schaftsmittglied sind, profitieren vom  
 reduzierten Tarif. Weiter kann bei  
 Monika Bolliger (SP Schweiz, Telefon  
 031 329 69 91) finanzielle Unter-  
 stützung beantragt werden.

Die Anmeldung erfolgt online: [www.  
 movendo.ch](http://www.movendo.ch), Mail: [info@movendo.ch](mailto:info@movendo.ch),  
 Telefon 031 370 00 70 oder Fax 031  
 370 00 71

## Der 12. September



Andri Perl ist Schriftsteller,  
 Rapper und Mitglied der  
 SP Chur

Seit einiger Zeit wird in unserer Partei und innerhalb der schweizerischen Linken eine Debatte über den Begriff der Heimat geführt. Einerseits darüber, ob es emanzipatorischen Bewegungen zusteht, Geborgenheit und Bindung zu vermitteln, und darüber, wie dies gelingen kann, ohne dabei allzu sehr in Verklärung abzudriften. Andererseits darüber, wie man sein persönliches Verhältnis zur Schweiz jenseits von Nationalismus und Mythenbewirtschaftung, aber auch jenseits von Misstrauen oder Gleichgültigkeit gestalten soll.

In einem Kreis von befreundeten jungen SozialdemokratInnen aus der ganzen Schweiz waren wir uns dabei einig: Ja, es braucht eine Kultur der Zusammengehörigkeit in unseren Reihen. Nein, das emotionale Recht auf die Schweiz überlassen wir nicht der Rechten. Also verfassten wir ein Manifest und riefen letztes Jahr den Tag der fortschrittlichen Schweiz ins Leben. Wir nahmen den 12. September, das Datum der Inkraftsetzung der ersten Bundesverfassung von 1848, zum Anlass, die Errungenschaften des modernen Bundesstaats und die Ideale von Freiheit, Gleichheit und Solidarität zu feiern.

Die Einführung der direktdemokratischen Volksrechte, der Arbeitskampf während des Generalstreiks oder der Aufbau der AHV zeigen es. Die gesellschaftliche Befreiung nach 1968 zeigt es, die Einführung des Frauenstimmrechts, die Etablierung von Natur- und Umweltschutz, der Beitritt zur UNO oder das Partnerschaftsgesetz zeigen es ebenso. Die Geschichte der modernen Schweiz ist auch eine Geschichte der Anstrengungen und Erfolge der fortschrittlichen Kräfte. Darauf dürfen wir getrost stolz sein.

Dieses Jahr feiern wir deshalb wieder. Wir treffen uns am 12. September um 13 Uhr beim Bahnhof Aarau, um nach Olten zu wandern. In der Schützi Olten trinken und essen wir ab 18 Uhr gebühlich, freuen uns über die Reden von Elisabeth Joris und Pedro Lenz und tanzen zu den Melodien des «Šuma Čoviek Orkestar». Und das Wichtigste: Wir sitzen beisammen, wir festen in den Abend, um uns wieder einmal davon zu überzeugen, dass das Wesen der Schweiz nicht auf Angst und Isolationismus, sondern auf Gemeinsinn und Gestaltungswillen beruht. Kommt auch!

*Manifest, Infos und Anmeldung:*  
[www.12september.ch](http://www.12september.ch)



Telmo Rodríguez

# DIE BELIEBTESTEN WEINE VON TELMO RODRIGUEZ IM PROBIERSET

**Ein Wein von unwiderstehlichem Charme!**

**Viña 105 2010**, DO Cigales, 75 cl (Tempranillo, Garnacha)  
Fl. à Fr. 11.–

**Ausserhalb gängigen Normen und Kriterien!**

**Dehesa Gago 2010**, DO Toro 75 cl (Tinto de Toro)  
Fl. à Fr. 14.50

**Der Sinnliche!**

**Gago 2009**, DO Toro, 75 cl (Tinto de Toro), Fl. à 24.–

«Vielleicht der feinste Sauvignon-geprägte Weisswein Spaniens den ich je getrunken habe» (Robert Parker)!

**Basa 2011**, DO Rueda, 75 cl (Verdejo, Sauvignon blanc, Viura)  
Fl. à Fr. 13.80



**Jetzt bestellen!  
Wir schenken Ihnen  
die Versandkosten**

**Probierset 1:**

**12 Flaschen exkl. Weisswein für Fr. 160.– statt 198.–**

(Inhalt: 4 Fl. Vina 105, 4 Fl. Dehesa Gago und 4 Fl. Gago)

**Probierset 2:**

**12 Flaschen inkl. Weisswein für Fr. 155.– statt 189.60**

(Inhalt: 3 Fl. Basa, 3 Fl. Vina 105, 3 Fl. Dehesa Gago und 3 Fl. Gago)

(Pro Kunde kann nur ein Paket ohne Versandkosten bezogen werden)

..... Bitte gleich ausfüllen und einsenden .....

<input type="checkbox"/>	<b>Probierset 1</b> , Fr. 160.–	Name:	Vorname:
<input type="checkbox"/>	<b>Probierset 2</b> , Fr. 155.–	Strasse:	
<input type="checkbox"/>	<b>Senden Sie mir gratis das Küferweg-Weinbuch</b>	PLZ/Ort:	
	1240	Tel:	E-Mail: